



SICHERHEITS
KULTUR
IM WANDEL



Working Paper 16 | 2013

Janusz Biene

Internationale Anerkennung: Ein Mittel zur De-Eskalation des Nahostkonflikts?

[Fatah und Hamas im Vergleich]

Impressum

Janusz Biene

Internationale Anerkennung: Ein Mittel zur De-Eskalation des Nahostkonflikts?

Working Paper 16 | 2013

[<http://www.sicherheitskultur.org/WorkingPapers/16-Biene.pdf>]

Herausgegeben vom Projekt

Sicherheitskultur im Wandel

an der Goethe-Universität Frankfurt
Arbeitsbereich Internationale Organisation
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt/Main
info@securityculture.org



EINLEITUNG

Nach Monaten der Marginalisierung durch die Umbrüche in der arabischen Welt, den syrischen Bürgerkrieg und den Konflikt um das iranische Atomprogramm, haben Gewalt und Diplomatie Palästina zurück auf die Agenda der internationalen Krisendiplomatie gebracht. Am 14. November 2012 eskalierte der stetig schwelende Konflikt zwischen Israel und den im Gazastreifen befindlichen islamistischen Organisationen. Im Rahmen der Operation „Säule der Verteidigung“ flog die israelische Luftwaffe Angriffe auf Stellungen der Hamas, während letztere Israel unter massiven Raketenbeschuss setzte (ICG 2012). Am 29. November 2012 hingegen fand das Streben der Fatah und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) nach einem palästinensischen Staat mit der Anerkennung Palästinas als Beobachterstaat der Generalversammlung der Vereinten Nationen ein vorläufiges Ende (Schaller 2012).

Beide Ereignisse eint, dass den palästinensischen Akteuren internationale Anerkennung zu Teil wurde. Die Generalversammlung erkannte Palästina als Beobachterstaat an und wertete damit die Fatah und PA auf. Die Hamas erfuhr durch Zusammenkünfte mit hochrangigen Vertretern unter anderem Ägyptens, der Türkei und Katars internationale Anerkennung. Auch wenn die mittel- und langfristigen Folgen dieser Ereignisse noch nicht absehbar sind, weisen sie auf etwas Grundsätzlicheres hin: Die Rolle internationaler Anerkennung als Instrument des Konfliktmanagements in asymmetrischen Konflikten.

Das konstituierende Merkmal asymmetrischer Konflikte ist die unterschiedliche Vergesellschaftungsform ihrer Akteure, die unterschiedliche Präferenzen in der Form der Konflikt austragung impliziert (Daase 1999: 91ff.). Das Aktionsrepertoire nicht-staatlicher Akteure umfasst dabei eine Vielzahl an gewaltlosen und gewaltsamen Mitteln (Dudouet 2009: 5). Dazu gehören beispielsweise ziviler Ungehorsam und Demonstrationen und Formen der „dezentrale[n] Kriegsführung“ wie Guerillakampf oder Terrorismus (Daase 1999: 91).

Staaten sind im Allgemeinen zurückhaltend mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren konstruktiv umzugehen. Ganz im Gegenteil werden diese oft als Bedrohung für Sicherheit und Frieden verstanden und als Terroristen bezeichnet. Ziel ist, den Gruppen Anerkennung und Legitimität vorzuenthalten, einen konstruktiven Umgang auszuschließen und Zwangsmaßnahmen zu legitimieren (Spencer 2012; Bhatia 2005). Die dieser Politik zugrundeliegende „doctrine of non-engagement“ (Pecastaing 2011: 171) fußt auf der Annahme, dass jeglicher konstruktive Umgang bloße Beschwichtigung ist und den Adressaten stärkt (Reinares 1998: 356). In der politischen Praxis aber wird dieser Doktrin regelmäßig und zunehmend zuwider

gehandelt (Heiberg et al. 2007: 417). Auch wenn sich die nationalen Politiken gegenüber bewaffneten Gruppen unterscheiden, könnte gar mit einem Fokus auf die Normen (Keine Verhandlung mit Terroristen!;) und ihre Umsetzung (öffentliche Befolgung der und nicht-öffentliche Zuwiderhandlung gegen die „non-engagement doctrine“) von einer globalen Sicherheitskultur gesprochen werden, die aber in sich widersprüchlich ist (Junk 2011: 96).

Eine wachsende Zahl politikwissenschaftlicher Studien untersucht die Wirksamkeit des konstruktiven Umgangs mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren (Hofmann 2012; Herr 2010; Ashour 2009). Ein Faktor, der in diesen Analysen weitgehend übersehen wurde, ist die internationale politische Anerkennung solcher Gruppen. Dies ist erstens überraschend, da es eine Praxis internationaler politischer Anerkennung in asymmetrischen Konflikten gibt.¹ Zweitens legen Studien der Sozialtheorie und der Internationalen Beziehungen nahe, dass Anerkennung (und Nicht-Anerkennung) einen Einfluss auf das Verhalten von kollektiven Entitäten haben (Lindemann/Ringmar 2011, Bassiouni 2008).

Die in diesem Arbeitspapier adressierten Fragen lauten demnach: Welchen Einfluss hat die von internationalen Drittparteien gewährte Anerkennung auf die Gewaltanwendung nicht-staatlicher Gewaltakteure? Und: Wie wirkt sich Nicht-Anerkennung auf die Gewaltanwendung solcher Gruppen aus?

Die Geschichte der wichtigsten palästinensischen Widerstandsgruppen Fatah und Hamas eignet sich, diesen Fragen auf den Grund zu gehen, da sie durch Akte der Anerkennung und Nicht-Anerkennung einerseits und Prozesse der Eskalation und De-Eskalation andererseits geprägt sind. Ich beginne mit einem kurzen Literaturüberblick und formuliere auf Grundlage dessen ein Argument über die Wirkung internationaler Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung auf die Gewaltanwendung nicht-staatlicher Gewaltakteure. Ich werde argumentieren, dass eine Strategie der graduellen Anerkennung ein wirksames Instrument zur De-Eskalation asymmetrischer Konflikt sein kann, während internationale Nicht-Anerkennung zur Eskalation der Gewalt beitragen kann. Dies versuche ich in einem ersten Schritt anhand eines Narratives der Fatah bzw. der Fatah-geführten PLO von 1962 bis 1993 zu plausibilisieren, indem die Akte der Anerkennung und Nicht-Anerkennung und des Wandels in der Gewaltanwendung in Bezug zueinander gesetzt werden.² In einem zweiten

1 Ohne Frage wird internationale Anerkennung thematisiert, allerdings meist mit einem Fokus auf juristische Anerkennung oder die Motivation der Anerkennenden (Halabi 2012; Grävingsholt et al. 2007: 36).

2 Bis zu diesem Punkt gründet dieses Arbeitspapier recht stark, wenn auch nicht absolut auf Biene/Daase (2012).

Schritt wende ich mich der Hamas und ihrer Geschichte von Nicht-Anerkennung und Anerkennung, Eskalation und De-Eskalation im Zeitraum von 1987 bis 2008 zu.³ Abschließend qualifiziere ich die aufgestellten Thesen und argumentiere, dass eine Strategie der graduellen Anerkennung unter bestimmten Bedingungen zur De-Eskalation nicht-staatlicher Gewalt beitragen kann.

EIN BLICK IN DIE LITERATUR

Das Problem der Anerkennung wird prominent in der Sozialtheorie adressiert.⁴ Anerkennung wird dort als Akt des „acknowledging and honoring the status of others“ auf den Begriff gebracht (Margalit 2001: 128f.). Aufgrund des dialogischen Charakters von Identität wird Anerkennung als ein grundlegendes menschliches Bedürfnis angesehen (Taylor 1994: 25, 32). Nicht-Anerkennung hingegen fügt einem Individuum Schaden zu und kann zu deviantem Verhalten führen (Taylor 1994: 25).

Die Idee, dass Anerkennung nicht nur in sozialen, sondern auch in politischen Beziehungen kollektiver Entitäten eine Rolle spielen könnte, hat in jüngerer Zeit in den IB verstärkt Einzug gehalten (Lindemann/Ringmar 2011). Das Gros der Forschung zum Problem der Anerkennung ist konstruktivistischer Natur und grenzt sich bewusst von rationalistischen Studien ab. Während erstere annehmen, dass ein Akteur erst durch die Anerkennung anderer in der Lage ist, Interessen zu entwickeln (Ringmar 2002: 118), nähmen rationalistische Studien Interessen als gegeben und konstant an und seien daher nicht fähig, die „affektive Dimension“ internationaler Politik zu erklären (...). Daher litten letztere unter einem „lack of imagination regarding the chances for reducing hostile conflict“ (Honneth 2011: 34f.). Allerdings erscheint es wenig plausibel, die Bedeutung von Anerkennung auf die affektive Dimension zu reduzieren: „[T]he quest for recognition is often quite strategic and reputation [and status; J.B.] is a resource in the struggle for power“ (Lindemann 2011: 221). Der Faktor internationale Anerkennung kann demnach als ein integraler, aber oft übersehener Bestandteil rationalistischer Erklärungen globaler Politik angesehen werden. Da nicht-staatliche Gewaltakteure vor allem an „status and representational recognition“

3 Um das unten dargelegte Argument zu plausibilisieren, führe ich zwei longitudinale vergleichende Fallstudien jeweils eines nicht-staatlichen Gewaltakteurs, nämlich der Fatah und der Hamas, durch und wende die Methode der Prozessanalyse an. In der Analyse habe ich die unterschiedlichen Phasen je nach Varianz auf der abhängigen oder unabhängigen Variable unterschieden. Der Kürze des Arbeitspapiers willen habe ich diese Ordnung in der Niederschrift aufgegeben und möglichst sinnvoll Phasen zusammengefasst.

4 Einen gelungenen Überblick über diese Literatur bieten McQueen (2011) und Iser (2006).

(Zartman/Faure 2011: 6) interessiert sind, könnte die Ausbeutung dieser Ressource die Möglichkeit bieten asymmetrische Konflikte zu de-eskalieren.

In Analogie zu der hier gewählten rationalistischen Perspektive auf Anerkennung nehme ich an, dass die Entscheidung einer nicht-staatlichen Gruppe ein bestimmtes Mittel ihren Aktionsrepertoire einzusetzen, Ergebnis einer strategischen Wahl ist (Wood 2009: 133; Hovil/Werker 2005). Wenig überraschend bieten die zahlreichen Studien zur Erklärung der Gewalteskalation und De-Eskalation in asymmetrischen Konflikten eine Vielzahl von Erklärungen an (etwa Pearlman 2011; Cronin 2009; Weinstein 2007; Kalyvas 2006, Crenshaw 1991; Ross/Gurr 1989). Gegen das Gros dieser Studien lassen sich drei Einwände vorbringen: Erstens fokussieren sie auf die Erklärung für, die Dynamiken von und die Mittel gegen Gewalt und vernachlässigen das Thema der De-Eskalation und Zurückhaltung in der Gewaltanwendung (Straus 2012). Zweitens übersehen viele Studien den internationalen Kontext und seine Einflüsse auf lokale Dynamiken (Stanton 2009: 36). Drittens beschränken sie sich auf die Analyse von Zwangsmaßnahmen und vernachlässigen „soft-line strategies“ (Pettyjohn 2009: 45).

Dass derlei Strategien Erfolge zeitigen können, unterstreicht eine Reihe jüngerer Studien. So zeigt Görzig, dass die Gewährung von Zugeständnissen an nicht-staatliche Gewaltakteure nicht notwendigerweise zu einer Radikalisierung, sondern unter bestimmten Umständen zu einer De-Radikalisierung führen kann (Görzig 2010). Toros analysiert, wie Gespräche und Verhandlungen mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren zu einer Transformation des Konflikts führen können (Toros 2012). Pettyjohn unterstreicht, dass Drittparteien zur Konfliktlösung beitragen können, wenn ihr Engagement „serious, sustained, and conditional [...] and backed by domestic support“ ist (Pettyjohn 2009: 44).

Diese Studien fokussieren auf Instrumente wie Gespräche, Verhandlungen und Konzessionen und deuten an, dass diese Mittel allesamt die Anerkennung des nicht-staatlichen Gewaltakteurs implizieren. Dass Anerkennung als solche aber einen Einfluss auf nicht-staatliche Gewaltakteure haben kann, wird ausgeblendet.

DAS THEORETISCHE ARGUMENT

Im Folgenden skizziere ich ein Argument über die Folgen internationaler Anerkennung und Nicht-Anerkennung auf die Gewaltanwendung nicht-staatlicher Gewaltakteure. Auch wenn der Begriff Homogenität suggeriert unterscheiden sich nicht-staatliche Gewaltakteure in

vielerlei Weise. Diese Studie fokussiert auf Gruppen mit einer politischen Zielsetzung und einer hierarchischen Organisationsform. Ersteres, da es plausibel erscheint anzunehmen, dass politisch motivierte Akteure ein Interesse an internationaler Anerkennung haben. Letzteres, da ein gewisses Maß an Hierarchie notwendig ist, um die Entscheidung der Führung der Gruppe durchzusetzen (Glaser 2005:7; Bruderlein 2000: 8). Wie bereits angedeutet nehme ich an, dass die Entscheidung für eine bestimmte Form der Gewaltanwendung aus dem einer Gruppe zur Verfügung stehenden Aktionsrepertoire eine strategische ist und den Umständen entsprechend angepasst wird. Ein Faktor, der diese Entscheidung und damit die Gewaltanwendung beeinflussen könnte, ist die internationale (Nicht-) Anerkennung durch Drittparteien wie Staaten oder internationale Organisationen.

Gemeinhin wird angenommen, dass die De-Eskalation in der Gewaltanwendung eines nicht-staatlichen Akteurs eine notwendige Voraussetzung für eine konstruktive Auseinandersetzung staatlicher Akteure mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren ist (Zartman/Faure 2011: 14). Es ist aber nicht notwendigerweise so, dass die Gruppe der Gewalt gänzlich abschwören muss, um anerkannt zu werden. Ganz im Gegenteil kann es schon ausreichen rhetorisch abzurüsten oder die Zielsetzung zu entspannen (Pettyjohn 2011: 151). Es ist daher möglich, dass internationale Anerkennung der De-Eskalation in der Gewaltanwendung vorausgehen kann.

In Analogie zu der Annahme, dass nicht-staatliche Gewaltakteure nach Anerkennung streben und Gewalt als strategisches Mittel einsetzen, stelle ich die Hypothese auf, dass die Gewährung von internationaler Anerkennung durch Drittparteien zu einer De-Eskalation der Gewaltanwendung eines nicht-staatlichen Gewaltakteurs führen kann, da letzterer den daraus resultierenden Status sowie Legitimität nicht wieder verlieren, sondern für seine Zwecke nutzen will. Ebenso erscheint es plausibel, dass die Nicht-Anerkennung einer solchen Gruppe zur Eskalation des Konflikts führen kann, da der nicht-staatliche Akteur gegen seine Ausgrenzung protestiert oder sein Anliegen der Öffentlichkeit aufzwingen will. Internationale Anerkennung und Nicht-Anerkennung sind also die unabhängigen Variablen, von denen angenommen wird, dass sie einen Effekt auf die Strategie nicht-staatlicher Gewalt, also die abhängige Variable, haben. Um die Hypothesen plausibilisieren zu können, werden unterschiedliche Grade der Anerkennung sowie unterschiedliche Strategien der Gewaltanwendung unterschieden.

Operationalisierung der abhängigen Variable: nicht-staatliche Gewalt

Nicht-staatliche Gewaltakteure verfügen über ein Aktionsrepertoire, das erlaubt sowohl gewaltlose als auch gewaltsame Strategien zu verfolgen. Mittels der Regeln des humanitären Völkerrechts und dem gesunden Menschenverstand lassen sich diese anhand ihrer Legitimität unterscheiden. Angesichts der häufigen Rechtfertigung der Anwendung von Gewalt durch nicht-staatliche Gewaltakteure, nehme ich an, dass sich letztere dieser Unterschiede bewusst sind. Das Unterscheidungsmerkmal „Legitimität“ erlaubt mir folgende Strategien nicht-staatlicher Gewalt zu unterscheiden.⁵

Die gängigste Form des Widerstands ist, ist *gewaltloser Widerstand*. Darunter fallen Akte des zivilen Ungehorsams, Massendemonstrationen oder Boykotte. Da diese Form des Widerstands Teil des Repertoires einer jeden Protestbewegung und in vielen – zumindest demokratischen – Staaten rechtlich verbrieft ist, handelt es sich hinsichtlich der Legitimität um die unproblematischste Strategie. Eine problematischere Strategie sind *gewaltsame Proteste*, also Demonstrationen, die durch Gewalt gegen Einrichtungen der Regierung oder ihrer Sicherheitskräfte charakterisiert sind. Wenn die Gewalt stärker organisierte Formen annimmt und gezielt gegen Einrichtungen der Regierung oder gegen die Sicherheitskräfte gerichtet ist, spreche ich vom *Guerillakampf*. Dieser Typ umfasst auch Sabotageakte. Während der Guerillakampf unter gewissen Umständen eine gewisse Legitimität haben kann – erinnert sei hier an die den antikolonialen Befreiungsbewegungen im humanitären Völkerrecht zuerkannte Legitimität und Legalität –, gilt die manifeste Gewalt gegen Zivilisten und zivile Ziele, um Angst und Schrecken zu verbreiten und einen Staat so zur Veränderung seiner Politik zu zwingen (vgl. Daase/Spencer 2011: 29) – kurz: Terrorismus – als grundsätzlich illegitime Strategie. Für den Zweck dieser Studie unterscheide ich zwei Formen: *Nationaler Terrorismus* ist eine gegen die israelische Zielbevölkerung oder zivile israelische Einrichtungen auf dem Territorium Israels sowie dem Westjordanland und dem Gazastreifen gerichtete Gewaltstrategie, während *internationaler Terrorismus* auf zivile Ziele auf dem Territorium eines anderen Staates abzielt (vgl. Schneckener 2006: 40ff.).

Operationalisierung der unabhängigen Variablen: Internationale Anerkennung und Nicht-Anerkennung

Anerkennung und Nicht-Anerkennung sind komplexe soziale Prozesse. Um den Betrachtungsgegenstand aber für die folgende Analyse handhabbar zu machen, fokussiere ich auf

5 Siehe Suchmans Definition von Legitimität: „perception [...] that the actions of an entity are [...] appropriate within some socially constructed system of norms, values, beliefs, and definitions“ (Suchman 1995: 574).

das Ereignis der Gewährung von Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung. Dabei unterscheide ich nicht nur Anerkennung und Nicht-Anerkennung, sondern unterschiedliche Grade der Anerkennung. Die Praxis diese strategisch zu gewähren oder zu enthalten bezeichne ich als graduelle Anerkennung.

Ich unterscheide drei Grade von Anerkennung, die die Entscheidung eines nicht-staatlichen Akteurs für die Anwendung von Gewalt beeinflussen können. Der erste Grad der Anerkennung ist die *Anerkennung als Partner in informellen Gesprächen oder Verhandlungen*. Derlei Begegnungen finden häufig zwischen Mittelsmännern der einen und offiziellen Vertretern der anderen Seite statt mit dem Ziel, die Möglichkeit offizieller Verhandlungen auszuloten. Auch wenn es sich lediglich um informelle und nicht-öffentliche Begegnungen handelt, impliziert dies die Anerkennung der korporativen Identität als politischen Akteurs, der gewisse Macht und Interessen hat, die mit denen des staatlichen Gegners kollidieren und dem eine gewisse Rolle in der Beilegung des Konflikts zugerechnet wird. Die zweite Stufe der Anerkennung ist erreicht, wenn der nicht-staatliche Akteur als *Partner in formalen Gesprächen oder Verhandlungen* anerkannt wird. Wenn Offizielle beider Seiten zusammenkommen, um öffentlich den Konflikt zu diskutieren und mögliche Lösungen zu suchen, erkennt der staatliche Akteur nicht nur die Existenz und den Status an, sondern auch die Möglichkeit dass dieser Akteur Ziele von gewisser Legitimität verfolgt. Ein nächster Schritt ist getan, wenn eine Gruppe *als Repräsentant eines Kollektivs* oder *als alleiniger Repräsentant eines Volkes* anerkannt wird. In einem solchen Fall wird anerkannt, dass der nicht-staatliche Akteur für eine größere soziale Gruppe spricht und die Autorität hat, nicht nur Entscheidung zu fällen und Regeln zu erlassen, sondern diese auch durchzusetzen (vgl. Schmelzle 2011: 9). Dies impliziert die Anerkennung der Legitimität der Autorität des nicht-staatlichen Akteurs für die von ihm vertretene soziale Gruppe zu sprechen.

Im Gegensatz zur Variable „internationale Anerkennung“, nehme ich keine Gradierung der Variable „Nicht-Anerkennung“ vor. Dies hat vor allem forschungspragmatische Gründe. Nicht-Anerkennung lässt sich sowohl als Ignoranz gegenüber der Existenz eines nicht-staatlichen Akteurs als auch als Weigerung der Zuerkennung von Status und Legitimität verstehen (im Englischen: „non-recognition“). Alternativ könnte Nicht-Anerkennung auch im Sinne des englischen Begriffs „mis-recognition“, also als eine aus der Sicht des nicht-staatlichen Akteurs falsche Form der Anerkennung konzeptualisiert werden. Während erstere Variante in den vorliegenden Fällen keine Rolle spielt, würde letztere eine auf qualitativen Interviews und Inhaltsanalyse fußende Studie erfordern. Dies war im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich. Daher konzeptualisiere ich Nicht-Anerkennung als den Akt

der Verweigerung der Zuerkennung von Status und Legitimität, der sich in der öffentlichen Ablehnung der Kontaktaufnahme und der Bezeichnung als terroristische Gruppe manifestiert.

Die Gradierung der unabhängigen Variable „internationale Anerkennung“ ist nicht absolut distinkt. Da ich aber davon ausgehe, dass die Bereitschaft eines nicht-staatlichen Gewaltakteurs, einen Konflikt zu eskalieren oder zu deeskalieren, nicht zuletzt von der Anerkennung abhängt, die er erfährt, können derlei Grade der Anerkennung einer Politik des Konfliktmanagements dienlich sein, da sie angewendet werden können, um ein Moment der Überzeugung (oder des Zwangs) zu erzeugen und zu bewahren und so den nicht-staatlichen Gewaltakteur dazu zu bewegen, sich stärker gemäß den Regeln der legitimen Konfliktaustragung zu verhalten. Auf den Punkt gebracht: Die Fähigkeit internationaler Akteure in dem Umgang mit nicht-staatlichen Gruppen die Leiter der Anerkennung heraufzusteigen, ermöglicht dem nicht-staatlichen Akteur, die Leiter der Gewalt herunterzusteigen.

DIE EMPIRISCHE ANALYSE

Der Fall der Fatah (1962-1993)

Im Folgenden wird die Plausibilität des theoretischen Arguments anhand des Falls der palästinensischen Widerstandsgruppe Fatah bzw. der Fatah-dominierten PLO untersucht. Der Untersuchungszeitraum beginnt 1962 und endet 1993. Da ein umfassender historischer Überblick ob der Komplexität des israelisch-palästinensischen Konflikts an dieser Stelle weder möglich noch nötig ist, werde ich im Folgenden auf die wichtigsten Ereignisse internationaler Anerkennung und die entscheidenden Strategiewechsel fokussieren.⁶

Anerkennung und Eskalation (1962-1969)

Gegründet im Jahr 1959 war die Fatah eine Gruppe junger, radikaler Palästinenser, die sich vor allem drei Prinzipien verschrieben hatte: Erstens kämpften sie für die „Befreiung Palästinas“ und die „Auslöschung der zionistischen Existenz“ (Harkabi 1968: 122). Zweitens betonten sie die „absolute Unabhängigkeit“ ihrer Organisation und Entscheidungen vor allem vis-à-vis der arabischen Regime. Drittens riefen sie den „Primat des bewaffneten Kampfes als dem einzigen Mittel zur Befreiung Palästinas“ aus (Sayigh 1997: 89).

Entgegen ihrer scharfen Rhetorik aber stellte die Fatah in den ersten Jahren den bewaffne-

⁶ Für eine ausführliche Betrachtung siehe Bickerton/Klausner (2010), Tessler (2009), und Sayigh (1997).

ten Kampf zurück, beschränkte sich auf den Aufbau der Organisation und bemühte sich um internationale Unterstützung (Tessler 2009: 376). 1962 erlaubte Algerien der Fatah ein Verbindungsbüro in Algiers zu eröffnen und trainierte palästinensische Fedajin im Guerillakampf (Sayigh 1997: 102). Syrien unterstützte die Fatah seit 1964 mit Waffen, Geheimdienstinformationen und Logistik und erlaubte der Gruppe ihr Hauptquartier in Damaskus zu errichten (Yaari 1980: 56ff.). In demselben Jahr besuchte Arafat China und erhielt auch dort die Erlaubnis eine Repräsentanz zu eröffnen. Außerdem stieg China rasch zum wichtigsten Waffenlieferanten der Fatah auf (Cobban 1984: 217). Auf diese Weise gewährten Algerien, Syrien und China der Fatah *Anerkennung als Partner in formellen Gesprächen und Verhandlungen*.

Ägypten, Jordanien und der Libanon hingegen versuchten in den Anfangsjahren, die Organisation zu unterdrücken (Yaari 1980: 56ff.). Doch nach Beginn des bewaffneten Kampfes wandelte sich auch ihr Verhältnis zur Fatah. Dieser begann am ersten Januar 1965 mit einer Sabotageaktion. Bis zum Vorabend des Sechstagekrieges 1967 führte die Fatah 108 Operationen durch, meist Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur (Alon 1980: 35).

Die Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg erschütterte den Glauben der Palästinenser in ihre Bruderstaaten und führte zu einem Popularitätsgewinn der Fatah. Diese galt ihnen als einziger Akteur, der Israel die Stirn bieten konnte (Sayigh 1997: 147). Sich ihrer Stärke bewusst, sah die Fatah die Zeit für einen umfassenden Guerillakampf in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten, dem Westjordanland und dem Gazastreifen (Karmon 2005: 240). Dieser Versuch aber scheiterte 1968 kläglich aufgrund unzureichender Planung, der fehlenden Unterstützung der Bevölkerung und der Effektivität der israelischen Sicherheitskräfte (Tessler 2009: 424). Alles in allem übte die Fatah Sabotageakte aus und attackierte israelische Sicherheitskräfte, verfolgte also eine *Guerillastrategie*.

Nach der Niederlage in den besetzten Gebieten verlegte die Fatah ihr Hauptquartier nach Jordanien und führte die militärischen Operationen gegen Israel fort. Dabei veränderte sie aber ihre Strategie. Die Guerillaaktionen gegen Israel wurden ab diesem Zeitpunkt durch terroristische Anschläge ergänzt. So attackierten beispielsweise am 22. März 1968 Fatah Kämpfer das Kibbutz Geshar im Nordosten Israels und töteten beziehungsweise verwundeten 15 Zivilisten (Dishon 1973: 282). Im August und November 1968 wurden dutzende Zivilisten durch Bombenschläge der Fatah auf öffentlichen Plätzen getötet und verwundet. (Dishon 1973: 345). In dieser Zeit übte sich die Fatah also sowohl im *Guerillakampf* als auch in *nationalem Terrorismus*.

Die Fortführung des bewaffneten Kampfes fand große Unterstützung in der palästinensischen Bevölkerung (Karmon 2005: 240). Dies ermöglichte der Fatah die Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu übernehmen. Im Februar 1969 wurde Fatah-Führer Yasser Arafat zum PLO-Vorsitzenden gewählt (Tessler 2009: 429). Die Wahl Arafats wurde von Ägyptens Präsident Nasser unterstützt. Nasser unterstützte die Wahl nicht nur, sondern wohnte ihr sogar bei und drückte so Ägyptens gewandelte Haltung gegenüber der Fatah öffentlich aus (Kirisci 1986: 59). Auf diese Weise erkannte Ägypten die Fatah *als Partner in formellen Gesprächen oder Verhandlungen* an. Desweiteren kann die Machtübernahme der Fatah als ebensolche Anerkennung durch alle arabischen Staaten gewertet werden (Sayigh 1997: 668).

Offensichtlich hatte die bis zu diesem Zeitpunkt gewährte Anerkennung keinen bändigen Effekt auf die Gewaltanwendung der Fatah. Während die initiale Anerkennung zu Beginn der 1960er Jahre die Gruppe eher zur Gewalt ermutigte, auch die 1968 unter anderem von Ägypten gewährte Anerkennung hat nicht zu einer De-Eskalation geführt. Ganz im Gegenteil verfolgte die Fatah weiterhin eine Guerillastrategien aus und ergänzte diese vermehrt durch nationalen Terrorismus. Zwar ist dieser Strategiewandel eher durch die Effizienz der israelischen Sicherheitskräfte zu erklären – es war schlicht einfacher Zivilisten zu attackieren –, aber dennoch hat die Anerkennung die Fatah nicht daran gehindert. Interessanterweise aber rechtfertigte die Gruppe die Eskalation als Vergeltung für israelische Angriffe auf arabische Zivilisten. Dies impliziert, dass sich die Fatah um seine Reputation sorgte (Sayigh 1997: 211).

Der primäre Grund für diesen Effekt internationaler Anerkennung gründet in den Charakteristika der anerkennenden Staaten. Während Algerien seine Expertise im Guerillakrieg verbreiten wollte, hatte China ein Interesse sein Einflussgebiet auszuweiten (Alexander/Sinai 1989: 77, 130). Syrien hingegen zielte darauf ab, Israel zu schwächen und ihren Rivalen Ägypten herauszufordern. Ägypten ging es darum Israel nach der schmachvollen Niederlage 1967 zu schwächen. Demnach hatten alle anerkennenden Staaten ein Interesse an der Fortführung der Gewalt und versuchten nicht, Fatah zu mäßigen.

Ignoranz und Eskalation (1971 – 1973)

Nach der Übernahme der PLO-Führung verzeichnete die Fatah nicht nur einen Zugewinn an Macht, sondern sah sich auch zunehmender Ablehnung ihres jordanischen Gastgebers gegenüber. Nach Monaten des schwelenden Konflikts eskalierte die Situation im September 1970 und resultierte in der Vertreibung der PLO aus Jordanien (Tessler 2009: 457, 462).

Auch wenn die Fatah den bewaffneten Kampf fortsetzte, diese Niederlage beeinträchtigte ihre militärischen Fähigkeiten beträchtlich und beschädigte ihren palästinensischen und internationalen Status. Desweiteren fürchtete sie eine politische Lösung des Nahostkonflikts ohne ihre Beteiligung (Merari/Elad 1986: 22ff.).

Die in dieser Situation entfachte Fatah-interne Strategiedebatte mündete schließlich in der Gründung der Organisation Schwarzer September. Durch diese übte die Fatah von 1971 bis 1974 *internationalen Terrorismus* aus. Um das öffentliche Bild der Fatah nicht zu beschädigen, blieb die Verbindung zwischen den Organisationen lange geheim (Alexander 2003: 3). Zwischen 1971 bis 1974 zählt die GTD 51 internationale Terroranschläge, die 77 Menschen das Leben kosteten und 121 verletzten (START 2012).

In dieser von internationalem Terrorismus geprägten Phase litt Fatah unter einem Mangel an internationaler Anerkennung. Sogar ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten waren auf einem niedrigen Niveau oder nicht existent. Die einzige Ausnahme bildete Libyen, das die terroristische Strategie als „highly congenial“ lobte (Alexander/Sinai 1989: 58f.). Auch Verbindung zu China litt, da China fürchtete, die Fatah könne ihren Kampf nach der Vertreibung aus Jordanien nicht fortsetzen. Desweiteren verfolgte China nach der Anerkennung als UN-Mitglied 1971 eine verantwortungsvollere Politik (Cobban 1984: 219).

Alles in allem erntete die Fatah zwischen 1971 und 1973 keine internationale Anerkennung und litt unter der Abkühlung der Beziehungen zu ihren Partnerstaaten. In dieser Situation eskalierte sie den Kampf zu internationalem Terrorismus. Dieser zielte unter anderem darauf ab, der palästinensischen Sache international Gehör zu erzwingen.⁷ Während in den ersten Jahren ihres Kampfs die Gewaltanwendung noch selbstbezogen war, wendete sich die Fatah nun zunehmend nach außen (Lustick 1990: 55): „World opinion was forced to take note of the Palestinian drama and the Palestinian people imposed their presence on an international gathering that had sought to exclude them“ (Abu Iyad in: Iyad/Rouleau 1981: 112f.). Gemäß dieser und ähnlicher Aussagen war die Eskalation hin zu internationalem Terrorismus auch durch die Ignoranz der Staaten, ergo internationale *Nicht-Anerkennung* motiviert.

Anerkennung und Deeskalation (1973-1978)

Nach der Niederlage im Jom-Kippur-Krieg realisierten die arabischen Staaten, dass Israel nicht durch Gewalt zu besiegen und der israelisch-arabische Konflikt nicht ohne eine in

⁷ Alternative Erklärungen sind, dass die Fatah Rache für ihre Vertreibung aus Jordanien nahm, ihre Einheit wahren und ihre Vormachtstellung in der PLO sichern wollte (Alexander 2003: 3; Hulme 2004: 42).

einen Friedensprozess integrierte PLO gelöst werden konnte (Konarek 2009: 44). Daher forderten sie von der PLO, ihren „revolutionären Charakter“ zu widerrufen, eine verantwortungsvolle Politik zu verfolgen und kompromissbereit zu sein (ibid.; Sayigh 1986: 101). Auf ihrem Gipfeltreffen im November 1973 in Algier erkannten die arabischen Staaten die PLO in nicht nicht-öffentlicher Weise als alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes an (ALSC 1973: 463f.). Im November 1973 versprach die in der Frage der Anerkennung bisher zurückhaltende UDSSR der Fatah ihre Unterstützung, wenn diese sich de-radikalisiere und die Idee eines „Mini-Staates“ akzeptiere (Kirisci 1986: 109).

Aus Sorge um ihre Marginalisierung infolge arabischer Konzessionen gegenüber Israel (Hulme 2004: 44), unter dem Druck sowohl der arabischen Staaten als auch der UDSSR und im Angesicht der Kehrseite des transnationalen Terrorismus änderte die PLO unter Bestreben der Fatah ihre Strategie (Frangi 1982: 196). Im Februar 1974 entschied sie den transnationalen Terrorismus aufzugeben (Gowers/Walker 1991: 115) und auf der 12. Versammlung der Palästinensischen Nationalversammlung in Rabat im Juni 1974 votierte die Mehrheit der Abgeordneten für ein Mini-Staat-Konzept und erfüllte so die Forderung der Araber und Sowjets (Daase 1999: 176; Sayigh 1986: 101). In der Folge begann die Fatah tatsächlich ihre Strategie zu wandeln. Während der letzte Terroranschlag am 25. Juni 1974 stattfand⁸, verzeichnet die GTD von Juli 1974 bis zum Jahr 1978 keine nationalen oder internationalen terroristischen Anschläge der Fatah oder des Schwarzen Septembers (START 2012). Nachdem die Fatah schwere Waffen erworben hatte, konzentrierte sie sich stattdessen darauf militärische Attacken auf den Norden Israels und die besetzten Gebiete durchzuführen, verfolgte ergo eine *Guerillastrategie* (Alexander 2003: 3; Daase 1999: 178).

Im August 1974 reiste Arafat erstmals offiziell in die UDSSR. Neben der Aushandlung militärischer Unterstützung erkannte die sowjetische Führung die PLO als alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes an und erlaubte ihr im September 1974, ein Büro in Moskau zu eröffnen (Kirisci 1986: 109). Desweiteren legten die Sowjets Arafat die Vorteile einer Mäßigung dar und trugen damit zur Verabschiedung der Resolution des Palästinensischen Nationalrats im selben Jahr bei (Kurz 2005: 81). Im Oktober 1974 erkannten die arabischen Staaten auf ihrem Gipfeltreffen die PLO als „*sole legitimate representative of the Palestinian people in the Palestinian territory that is liberated*“ an und erklärten, dass die PLO an allen Verhandlungen über den Status der besetzten Gebiete beteiligt werden müsse (Tessler 2009: 484).

⁸ Diese Attacke zielte unter anderem darauf ab, die arabisch-amerikanischen Verhandlungen über einen Frieden in Nahost zu unterminieren und die Beteiligung der PLO zu erzwingen (Kurz 2005: 84; Hulme 2004: 46).

Im Oktober 1974 schließlich verabschiedete die UN Generalversammlung die Resolution 3120 und lud die PLO damit ein an ihrer Debatte über die Frage Palästinas teilzunehmen.⁹ Einen Monat später adressierte Arafat tatsächlich die versammelte Staatengemeinschaft und erklärte „political and diplomatic struggle as complements [...] of armed struggle“ (Arafat 1974). Nach Arafats Rede verabschiedete die Generalversammlung die Resolutionen 3236 und 3237 und erkannte sie so als Vertreterin des palästinensischen Volkes an und gewährte ihr den Status eines nicht-staatlichen Beobachters (UNGA 1974a; UNGA 1974b).

Die dargelegten Entwicklungen 1973 und 1974 legen den Schluss nahe, dass internationale Anerkennung eine wichtige Rolle in der Mäßigung der Fatah-geführten PLO gespielt hat. In einem ersten Schritt gewährten die Arabische Liga und die UDSSR der PLO Anerkennung unter der Bedingung, dass sie sich moderiert. Ermutigt durch diese Aussicht, auf internationalen Druck hin und auf einen gewandelten politisch-strategischen Kontext reagierend¹⁰, erklärte die PLO auf Terrorismus zu verzichten und sich zu mäßigen. Danach erntete die Organisation die Früchte dieser Politik durch die öffentliche Anerkennung der Arabischen Liga, der UDSSR und der UN. Nach Aussage Arafat trug seine Organisation in Folge dieser Entwicklungen mehr Verantwortung (in: JPS 1975: 178). Tatsächlich nahmen die genannten internationalen Akteure die Fatah-geführte PLO in die Pflicht, erhöhten die Kosten für deviantes Verhalten und stärkten die moderate Fatah-Führung (Sayigh 1997: 684). Daher kann plausibel argumentiert werden, dass 1973/1974 internationale Anerkennung maßgeblich zur De-Eskalation der Gewalt geführt hat.

Nicht-Anerkennung und Eskalation (1978)

Trotz der beträchtlichen Zugewinne an internationaler Anerkennung sah sich die Fatah in der Folgezeit von der internationalen Bühne ausgeschlossen. Im März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag in Washington. Da der Fall Palästina darin weitgehend ignoriert und die PLO von den Verhandlungen ausgeschlossen worden war, verurteilte der 14. Palästinensische Volkskongress 1979 das so genannte Camp David Abkommen als „conspiracy which should be rejected and resisted by all means“ (in: Cobban 1984: 103). Da sie aber in die internationalen Verhandlungen zur Beendigung des

⁹ Die Entscheidung Arafat einzuladen wurde mit 105 zu 4 Stimmen getroffen. Lediglich Israel, die USA, Bolivien und die Dominikanische Republik stimmten dagegen (Cobban 1984: 230).

¹⁰ In Folge des Krieges von 1973 hatte sich die strategische Situation im Nahen Osten grundlegend gewandelt. Die arabischen Staaten hatten verloren, Ägypten suchte den Frieden mit Israel, der transnationale Terrorismus zahlte sich nicht aus und die Fatah-geführte PLO sah ein, den bewaffneten Widerstand durch eine politische Strategie zu ergänzen.

Nahostkonflikts eingebunden sein wollte, autorisierte derselbe Nationalkongress Arafat auf der Basis des 1974 beschlossenen Mini-Staat Ansatzes zu verhandeln (Hulme 2004: 45).

Tief verschanzt im Libanon nahm die Fatah 1978 *nationalen Terrorismus* wieder auf. Es begann mit einer Busentführung am 11. März 1978 bei Tel Aviv, der 41 Menschen zum Opfer fielen (START 2012). Zwischen März 1978 und Juli 1980 führt die GTD insgesamt 10 solcher Anschläge in Israel und dem Gazastreifen auf.

Ende der 1970er Jahre scheint die Nicht-Anerkennung der PLO durch Israel, Ägypten sowie die USA ein gewichtiger Grund für die Wiederaufnahme terroristischer Strategien durch die Fatah war. Um an ihre Existenz zu erinnern, gegen ihren Ausschluss zu protestieren, ihre Inklusion zu erzwingen und jede Einigung unter ihrem Ausschluss zu verhindern bzw. zu unterminieren setzte die PLO das Mittel des Terrorismus in Israel und den besetzten Gebieten ein (Sayigh 1997: 684). Diese Strategie wurde auch deswegen gewählt, weil sie einen geringeren Reputationsverlust nach sich zog als die Wiederaufnahme von internationalem Terrorismus.¹¹

Konditionale Anerkennung und De-Eskalation (1988-1993)

Im Dezember 1987 brach ein massives Aufbegehren der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen aus und breitete sich rasch auch auf das Westjordanland aus. Die erste Intifada hatte begonnen. Auch wenn die Intifada schwer zu systematisieren ist, ist es unumstritten, dass es sich um einen ziviler Aufstand handelte, der sich in gewalttätigen Demonstrationen gegen israelische Sicherheitskräfte und gewaltlosem Widerstand (ziviler Ungehorsam, Generalstreik und Boykotte) entlud (Shalev 1988: 37; Shalev 1989: 28, 37; King 2007: 223-235). Die Fatah drängte die Demonstranten dazu keine Schusswaffen zu verwenden und tatsächlich beschränkten sich die Gewaltmittel auf Steine sowie Messer, Äxte und Molotovcocktails. So forderte Arafat in einer im September 1989 gehaltenen Rede, die Demonstranten sollten „more and more revolutionary discipline, more and more fight against anarchy, and more and more serious work to end the negative aspects and increase the positive ones“ zeigen (Arafat 1989; siehe auch: Fatah 1989).

In den 1980er Jahren zielte die Fatah darauf ab mit den USA in direkte Gespräche einzutreten (Rubin 1994: 101). Nachdem Arafat im November 1988 der US-Forderung nach expliziter Widerrufung des Terrorismus nachgekommen war (in: Kurz 1989: 86), wurden die

¹¹ Alternative Erklärungen dafür sind die Schwierigkeit, Attacken auf israelischem Boden durchzuführen und das Bestreben der Fatah sich zum bewaffneten Kampf zu bekennen (Kurz 2005: 98, 184).

Gespräche am 15. Dezember 1988 eröffnet. Auf diese Weise erkannten die USA also öffentlich als *Partner in formellen Gesprächen* an. Ein verhindertes terroristischer Anschlag der vom Irak unterstützten Abu Nidal Gruppe im Mai 1989 läutete das Ende der weitgehend substanzlosen Gespräche ein. Da Arafat die Attacke nicht unmissverständlich verurteilte, sahen sich die USA unter Druck Israels gezwungen den Dialog im Juni 1989 abubrechen (Kurz 2005: 126).

Während Teile der Fatah weiterhin die Fortführung des bewaffneten Kampfes propagierten (Kurz 1990: 156; Fatah 1989), listet die GTD keine von Fatah verübten terroristischen Anschläge innerhalb oder außerhalb Israels zwischen März 1988 und Juli 1990 auf (START 2012). Stattdessen führte die Gruppe die Mittel der gewaltsamen Demonstration und des gewaltlosen Widerstands fort.

Das Betreiben der Fatah die Intifada vor einer Eskalation zu bewahren, legt den Schluss nahe, dass sich die Führung der Fatah des Nutzens eines positive Bildes der Palästinenser – als Opfer der israelischen Besatzung und nicht als Terroristen – bewusst war und erpicht war, dieses Bild zu bewahren (Kurz 2005: 116; Rubin 1994: 86).¹² Schließlich ermöglichte dies der PLO Israel unter Druck zu setzen und stellte ihr weitere internationale Anerkennung und Sympathie in Aussicht (Kurz 2005: 86f.). Es ist anzunehmen, dass diese Politik der Zurückhaltung auch darauf abzielte, nicht nur mehr internationale Anerkennung im Allgemeinen, sondern die Anerkennung der USA zu gewinnen. Die im Dezember 1988 tatsächlich erfolgte Anerkennung der PLO bedeutete eine – angesichts der finanziellen und politische Schwäche infolge von Arafats Unterstützung Saddam Husseins im Irakkrieg 1991 – internationale Statusaufwertung sondergleichen, die für die Verbündeten der USA implizierte, dass die PLO nicht mehr als terroristische Gruppe isoliert werden konnte.

Geringe Gewaltanwendung und gegenseitige Anerkennung (1993)

Im Oktober 1991 wurde eine internationale Friedenskonferenz von Madrid und ein separater Verhandlungskanal zwischen Israel und Vertretern der Palästinenser in Washington, D.C. eröffnet. In beiden Fällen blieb die PLO offiziell ausgeschlossen. Dennoch hielt sie engen Kontakt zu den palästinensischen Vertretern. Während aber die Verhandlungstracks in Madrid und Washington schnell blockiert waren, wurden anderswo Fortschritte gemacht. Im Dezember 1991 zunächst als geheime, exploratorische und informelle Gespräche zwischen

¹² Es ist bspw. bemerkenswert, dass tödliche israelische Attacken auf Fatah-Kader wie Khalil al-Wazir nicht in Vergeltungsschlägen gegen Israel resultierten (Karmon 2005: 278).

der PLO und Israel eröffnet¹³, wurden das so genannte „Oslo-Track“ im Januar 1993 zum primären diplomatischen Kanal. Im September 1993 wurde eine gemeinsame Grundsatzerklärung („declaration of principles“, DoP) – die später als Abkommen von Oslo („Oslo Accords“) bekannt wurde – sowohl von Premierminister Rabin als auch Arafat gebilligt. Diese Entscheidung ebnete nicht nur der Palästinensischen Autonomiebehörde den Weg, sondern legte auch die Grundlage für die gegenseitige Anerkennung Israels und der PLO, die im September 1993 auf der Veranda des Weißen Hauses in Washington D.C. öffentlich vollzogen wurde.

Zuvor hatten Rabin und Arafat in einem Briefwechsel einander Anerkennung zugesichert: Während Arafat am 9. September 1993 erklärte, „the PLO recognizes the right of the State of Israel to exist in peace and security“, antwortete Rabin am nächsten Tag, „the Government of Israel has decided to recognize the PLO *as the representative of the Palestinian people*“ (Arafat 1993; Rabin 1993).

In besagtem Brief erklärte Arafat überdies „[to; J.B.] renounce the use of terrorism and other acts of violence“. Dieser Satz ist von Bedeutung, da der Fatah-Vorsitzende bis zu diesem Zeitpunkt lediglich transnationalen Terrorismus aber nicht Gewalt gegen israelische Sicherheitskräfte oder Zivilisten widerrufen hatte. Die Aufgabe dieser ambivalenten Position zugunsten einer klaren Absage an jegliche Form organisierter Gewalt lässt sich unter anderem durch die Aussicht auf israelische Anerkennung und als Folge breiter internationaler Anerkennung erklären.

Tatsächlich verzeichnet keine der hier zu Rate gezogenen Quellen bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 1993 von der Fatah bzw. der Fatah-geführten PLO Gewalttaten, die als Guerillakampf, nationaler oder internationaler Terrorismus qualifizieren.¹⁴ In der Folge der gegenseitigen Anerkennung waren es ausschließlich radikale palästinensische Gruppen, die ihre Absicht erklärten, den bewaffneten Kampf fortzusetzen und diese Absicht auch in die Tat umsetzten. Einer dieser Gruppen wende ich mich im Folgenden zu.

Hamas (1987-2008)

Im Folgenden werde ich versuchen, die oben aufgestellten Thesen am Fall der Hamas seit

13 Zum Madrid-, Washington- und Osloprozess siehe Wanis St.-John (2011) und (Behrendt 2007).

14 Nach Verabschiedung der Erklärung von Oslo übten mit Fatah verbundene Gruppen unter Missachtung der Befehle Arafats weiterhin Gewalt aus (Kurz 1994: 121).

ihrer Gründung 1987 bis zum Ausbruch des Gazakriegs 2008 zu plausibilisieren.¹⁵ Auch in diesem Fall fokussiere ich auf relevante Ereignisse internationaler Anerkennung und des Wandels in der Gewaltanwendung.¹⁶

Eskalation ohne Anerkennung (1987-1991)

Die Hamas – ein Akronym von *harakat al-muqawama al-islamiyya* (zu Deutsch: Islamische Befreiungsbewegung) – wurde als militanter Arm der palästinensischen Moslembroderschaft im Dezember 1987 gegründet. Hatte die Bewegung zuvor auf die „islamische Restrukturierung“ der Gesellschaft hingearbeitet, nahm sie mit Ausbruch der Intifada durch die Hamas den Kampf gegen Israel auf (Abu-Amr 1993: 7). Die 1989 veröffentlichte Hamas-Charta gibt das Ziel aus, „Gottes Banner auf jedem Fußbreit Palästinas zu hissen“ (Artikel 6). Erreicht werde dies allein durch den „Dschihad“ (Art. 15). Bemühungen um eine Zwei-Staaten-Lösung lehnt die Charta in Artikel 13 ab, da „die Aufgabe irgendeines Teiles von Palästina bedeutet einen Teil der Religion aufzugeben“ (in: Baumgarten 2006: 207ff.).

In den ersten Monaten nach ihrer Gründung übte sich die Hamas zwar in scharfer Rhetorik aber praktischer Zurückhaltung. Statt organisierter Gewalt, koordinierte sie Aktionen des *gewaltlosen Widerstands* sowie *gewaltsame Proteste*. Mit der Tötung zweier israelischer Soldaten im Februar und Mai 1989 aber nahm die Organisation den *Guerillakampf* auf (Milton-Edwards/Farrell 2010: 61).

Aufgrund ihrer initialen Zurückhaltung und da Israel in ihr einen nützlichen Feind der PLO sah, ließen die Sicherheitskräfte gegenüber der Hamas eine gewisse Milde walten (Mishal/Sela 2000: 56). Darüber hinaus erfuhr sie finanzielle Unterstützung aus arabischen, islamischen und westlichen Gesellschaften, ohne anerkannt zu werden (Barsky 1996: 3). Nach Veröffentlichung ihrer Charta und der Gewalteskalation wurden Israel und die Drittparteien der Radikalität und Militanz der Hamas gewahr (Croitoru 2010: 103). Im Mai 1989 erklärte Israel die Hamas zu einer terroristischen Organisation (ICG 2004: 7). Während die PLO zu einem Partner im Friedensprozess wurde, entwickelten sich die Islamisten zum Paria.

Der Mangel an Anerkennung in dieser frühen Phase erklärt sich aus dem internationalen Status der PLO als alleinige legitime Vertreterin der Palästinenser und den fehlenden inter-

¹⁵ Die Auswahl dieses Untersuchungszeitraums liegt in der Verfügbarkeit von Daten zur Gewaltanwendung der Hamas begründet. Die GTD als meine primäre Quelle führt diese Daten „nur“ bis in das Jahr 2008.

¹⁶ Für eine umfassende Darstellung der Hamas siehe Mishal/Sela (2000) oder Milton-Edwards/Farrell (2010), für einen Überblick über die jüngere Vergangenheit des Nahostkonflikts siehe Johannsen (2011).

nationalen Ambitionen der Hamas. Sie musste sich aufgrund ihrer Vernetzung in der palästinensischen Gesellschaft nicht der Unterstützung externer Akteure versichern und unternahm keine Versuche international politische Kontakte zu knüpfen (ICG 2004: 6; Hroub 2000: 145). Die initiale Zurückhaltung in der Gewaltanwendung erklärt sich vor allem aus der Sorge vor verfrühten, gewaltsamen Konfrontationen. Die Eskalation 1989 hingegen scheint in dem Streben erfolgt zu sein, ihren innerpalästinensischen Status gegenüber der Konkurrenz des Islamischen Dschihad zu stärken (Mishal/Sela 2000: 56f.).

Anerkennung und Guerillakampf (1989 – 1994)

Internationale Anerkennung wurde der Hamas erstmals 1989 zu teil. Aufgrund einer Dezentralisierung ihrer Führungsstruktur operierte die externe politische Führung unter anderem von Amman aus. Die Hamas erfuhr durch die Erlaubnis König Husseins ein Hauptquartier in der jordanischen Hauptstadt zu eröffnen Anerkennung als *Partner in formellen Gesprächen* (Mishal/Sela 2000: 58).

Nach Ausbruch des Irakkriegs 1990 verstand es die Hamas die Golfstaaten, aus deren Gesellschaften sie finanzielle Zuwendungen erhielt, nicht zu verprellen und sich so weitere materielle Unterstützung zu sichern (Milton-Edwards/Farrell 2010: 63). Darüber hinaus brachte ihr die Opposition gegen die anlaufenden Friedensverhandlungen weitere Anerkennung ein (Hroub 2000: 178). Die iranische Regierung erlaubte den Islamisten eine Vertretung in Teheran zu eröffnen und gewährte ihr so *Anerkennung als Partner in formellen Gesprächen*. Zudem erleichterte sie den Transfer finanzieller Zuwendungen und sicherte der Hamas 30 Millionen Dollar pro Jahr zu. Die Teilnahme an einer Konferenz radikaler Widerstandsgruppen im Januar 1992 in Damaskus ermöglichte der Hamas mit der PFLP-GC zu kooperieren. Die Kooperation manifestierte sich im militärischen Training von Hamas-Kadern in PFLP-GC-Camps (Croitoru 2010: 125).

Trotz ihrer Militanz und Radikalität kam die Hamas Anfang 1993 mit Vertretern westlicher Staaten in Kontakt. Im Dezember 1992 hatten israelische Sicherheitskräfte hunderte Islamisten verhaftet, außer Landes geflogen und auf einem Hügel im südlichen Libanon sich selbst überlassen. Dieser Vorgang führte zu Gesprächen mit Vertretern der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sowie Kanadas, Deutschlands, Italiens, Japans und Spaniens. All diese Ereignisse qualifizieren als *Anerkennung als Partner in informellen Gesprächen*. Während die Hamas die Chance sah ihre Position darzulegen, nutzten die Vertreter der USA die Begegnungen, um sich ein Bild von den Islamisten zu machen und zu versuchen sie vom bewaffneten Widerstand abzubringen. Aufgrund mangelnden Fortschritts, auf

israelischen Druck hin und nach dem Anschlag auf das World Trade Center im März 1993 wurden diese Gespräche von den USA beendet (Hroub 2000: 195f.). Es blieben bis heute die letzten bilateralen Begegnungen beider Akteure.

In der Phase von 1989 bis Anfang 1994 übte sich die Hamas neben der Fortführung *gewalt-samer Proteste* zunehmend im *Guerillakampf*. Während die GTD für das Jahr 1991 drei At-tacken gegen israelische Sicherheitskräfte aufführt, sind es für 1992 bereits 16 (START 2012). Auch 1993 sah sich Israel unentwegten Angriffen vor allem auf seine Sicherheitskräfte ausgesetzt (Milton-Edwards/Farrell 2010: 65). Am 16. April 1993 verübte die Hamas ihren ersten Selbstmordanschlag, dem sieben israelische Soldaten und ein Zivilist zum Opfer fielen (Croitoru 2010: 129).

Offensichtlich hatte die der Hamas gewährte Anerkennung keinen mäßigen Effekt. Es erscheint plausibel zu argumentieren, dass die Anerkennung Irans aufgrund des Interesses Teherans an einer Schwächung Israels und der PLO sowie einem Ende des Friedensprozesses die Hamas nicht mäßigen konnte und sollte (Gambill 2002: 3; Simon/Benjamin 2000: 63). Die Anerkennung westlicher Staaten hingegen dürfte aufgrund der kurzen Dauer des Kon-takts und des mangelnden Interesses der Hamas an konstruktiven Beziehungen keinen mä-ßigen Effekt gehabt haben. Bezüglich der Nicht-Anerkennung der USA schließlich lässt sich kurzfristig kein Effekt auf die Gewaltanwendung beobachten. Vielmehr erklärt sich die Ausübung der ersten Selbstmordanschläge gegen israelische Sicherheitskräfte durch die Ko-operation mit der PFLP-GC.

Anerkennung, Kooperation und Eskalation (April 1994- September 1995)

Nachdem ein jüdischer Siedler am 25. Februar 1994 in der Moschee von Hebron Dutzende betende Muslime erschossen hatte, nahm die Hamas neben dem fortlaufenden *Guerilla-kampf nationalen Terrorismus* auf. Während die Organisation von Januar bis März vor al-lem Angriffe auf militärische Ziele verübt hatte, zielte am 6. April 1994 erstmals ein Selbstmordattentat auf Zivilisten. In der Folge führte sie weitere Angriffe auf zivile Ziele durch, wie beispielsweise im Oktober 1994 und August 1995 (START 2012).

Diese Eskalation der Gewalt verstärkte die internationale Isolation der Hamas. So erklärte US-Präsident Clinton im Januar 1995 die Organisation zu einer Gefahr für die nationale Sicherheit sowie den Friedensprozess in Nahost und verhängte finanzielle Sanktionen (Brown 2010: 117). Jordanien schränkte, nachdem es im Oktober 1994 Frieden mit Israel geschlossen und seine Kooperation mit der PLO intensiviert hatte, im Juni 1995 die bis dato gewährte Handlungsfreiheit ein (Gambill 2002: 3). Auch das Gros der Palästinenser lehnte den

Terrorismus ab und unterstützte die PLO und den Friedensprozess (Gunning 2008: 216).

Anders als die Mehrheit der internationalen Drittparteien reagierte Syrien auf die Eskalation der Gewalt mit der Anerkennung der Hamas *als Partner in formellen Gesprächen*. Im Juni 1994 kam es zu einem ersten offiziellen Besuch einer Hamas-Delegation in Damaskus. Wenige Monate später erlaubte die syrische Regierung der Hamas das Hauptquartier der Qassam-Brigaden in Damaskus zu eröffnen, die Beziehungen zur Hisbollah zu intensivieren und in den palästinensischen Flüchtlingslagern zu rekrutieren (Gambill 2002: 4).

Der Faktor Anerkennung hat zur Eskalation der Gewalt bedingt beigetragen. Bezüglich des ersten terroristischen Anschlages erscheint es angesichts der Einhaltung der 40-tägigen Trauerfrist gepaart mit den Verlautbarungen der Hamas plausibel, dass dieser aus Rache für das Hebron-Massaker begangen wurde (Gunning 2008: 212; Mishal/Sela 2000: 69). Die Fortführung terroristischer Gewalt kann als Versuch der Erzwingung eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten und der Zerstörung des Friedensprozesses gedeutet werden (Pape 2005: 66ff.). Ein wichtiger Teil der Erklärung scheint aber auch in der Kooperation der Hamas mit der Hisbollah (und der PFLP-GC) zu liegen (Ricolfi 2005: 91). Diese war erst durch die Anerkennung durch den Iran und Syrien ermöglicht und von diesen vorangetrieben worden (Mishal/Sela 2000: 65f.). Hamas-Kader besuchten Trainingslager der Hisbollah und PFLP-GC im Libanon und wurden von iranischen Ausbildern trainiert (Gambill 2002: 5). Die Hamas sah sich infolge internationaler Anerkennung in der Lage, den Kampf gegen Israel zu eskalieren.

Unerklärter Waffenstillstand und De-Eskalation (September 1995-Januar 1996)

Die Phase des nationalen Terrorismus endete im September 1995 als sich die Hamas bereit erklärte, keine terroristischen Anschläge mehr zu verüben, um die palästinensischen Parlamentswahlen im Januar 1996 nicht zu stören (Croitoru 2010: 133). Zwar entschied die Hamas nach internen Debatten an den Wahlen nicht teilzunehmen, doch rief sie nicht zum Boykott auf und erlaubte einzelnen Mitgliedern gar als unabhängige Kandidaten zu kandidieren (Asseburg 2007: 39). Obgleich sie den Oslo-Prozess vehement ablehnte, kooperierte sie in diesem Fall mit der PA, *dem* Produkt des Friedensprozesses.

Diese Vereinbarung hielt trotz der Liquidierung Jahya Ayyashs, des Führers der Qassam-Brigaden, am 5. Januar 1996 durch Israel. Die GTD führt keine terroristischen Anschläge der Hamas oder der Qassam-Brigaden für den Zeitraum von September 1995 bis Mitte Januar 1996 auf (START 2012).¹⁷

¹⁷ Für Ende Januar weist die GTD drei Anschläge aus. Allerdings ist unklar, ob die Hamas dahintersteckte (START 2012).

Die Einhaltung dieses unilateralen, nicht-deklarierten Waffenstillstands erklärt sich wie folgt: Erstens war die Hamas durch Verhaftungen zahlreicher Mitglieder durch Israel und die PA militärisch geschwächt und zweitens sah sie sich der Ablehnung der Fortführung der Gewalt durch die palästinensischen Bevölkerung gegenüber (Gunning 2008: 299; Hroub 2000: 249f.). Anerkennung und Nicht-Anerkennung spielten keine Rolle.

Eskalation, Anerkennung, Rückgang der Gewalt: Februar 1996 – August 1999

Nach scharfen Hamas-internen Debatten über eine angemessene Reaktion auf den Tod Ayyashs zwischen dem politischen und militärischen Flügel, setzte sich letzterer schließlich durch und verübte im Februar 1996 zwei terroristische Selbstmordanschläge in Israel (START 2012; Muslih 1999: 38). Da es bis August 1999 zu weiteren Anschlägen auf zivile und militärische Ziele kam, ist diese Phase durch *Guerillakampf* und *nationalen Terrorismus* charakterisiert.

Im September 1997 verübte der Mossad einen Mordanschlag auf den politischen Führer der Hamas, Chalid Maschal, in Amman. Der Anschlag misslang und Israel sah sich gezwungen das inhaftierte geistige Oberhaupt der Hamas, Scheich Yassin, aus dem Gefängnis zu entlassen.¹⁸ Kurz darauf reiste Yassin von Februar bis Juni 1998 nach Ägypten, Saudi Arabien, Katar, den Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Jemen, Syrien, Iran und Sudan offiziell empfangen (Schmemmann 1998). Die sudanesishe Regierung erlaubte der Hamas die Eröffnung einer Vertretung in Khartum und unterstützte sie durch militärisches Training (Levitt 2006: 185). In all diesen Staaten erfuhr die Hamas *Anerkennung als Partner in formellen Gesprächen*. Die USA hingegen verhinderten im April und August 1997 ihre Teilnahme an von der PA organisierten Konferenzen des Nationalen Dialogs und setzten die Organisation im Oktober auf die Liste ausländischer terroristischer Organisationen (US Department of State 2012a). US-Diplomat Ross erklärte: „No to Hamas, even if it only targeted the military“ (Hroub 2000: 198). Dieser Akt qualifiziert als *Nicht-Anerkennung*.

In den folgenden Monaten gelang es den israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften die Hamas durch zahlreiche Verhaftungen zu schwächen. So kam die Gewalt bis Dezember 2000 zum Erliegen (START 2012).

Fraglos trug die Anerkennung und Unterstützung Sudans zum Aufbau militärischer Fähig-

¹⁸ Israels Hoffnung, Yassin würde nach seiner Entlassung die Hamas zum Waffenstillstand bewegen zerschlug sich. Zwar scheint er tatsächlich für eine Kooperation mit Arafat eingetreten zu sein und eine Refokussierung der Hama auf ihre soziale Arbeit angemahnt zu haben, konnte sich aufgrund des Widerstands der externen Führung in Damaskus aber nicht durchsetzen (Gambill 2002: 6; Muslih 1999: 14).

keiten bei, doch mangelt es an Informationen, um zu belegen, dass dies tatsächlich in größerer Gewalt resultierte. Die der Hamas gewährte Anerkennung arabischer und islamischer Staaten allgemein scheint sie gestärkt und der Eskalation nicht vorgebeugt zu haben. Die Bestärkung der Nicht-Anerkennung der USA hatte ebenfalls keinen merklichen Effekt. Allerdings bedürfte es einer näheren Untersuchung der Frage, ob die Haltung der USA den moderaten Kräften womöglich hinderlich war und den radikalen Flügel stärkte (siehe Fußnote 18,19). Ob die De-Eskalation 1999 bis 2000 einer strategischen Entscheidung folgte ist unklar. Während Brown argumentiert, die Hamas habe keine Gewalt angewendet, um ihre Popularität unter den Palästinenser zu steigern (Brown 2010: 126)¹⁹, erscheint es ebenfalls plausibel, dass die Effektivität der Sicherheitskräfte ausschlaggebend war (Rabbani 2008: 62).

Eskalation und innerpalästinensische Konkurrenz (2001- 2003)

Hatte der israelisch-palästinensische Friedensprozess Ende der 1990er Jahre an Fahrt gewonnen, brach er mit dem Scheitern der Camp David Verhandlungen im Juli 2000 zusammen. Zu der Zeit befürworteten mehr als 60 Prozent der Palästinenser die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes (Ricolfi 2005: 94).

Tatsächlich kam es im September 2000 zu neuer Gewalt, dem Ausbruch der zweiten Intifada.²⁰ Wie Ende der 1980er Jahre übten sich die Demonstranten zuerst in gewaltsamen Protesten und gewaltlosem Widerstand. Diesmal aber eskalierte die Gewalt rasch. Politisch unter Druck erlaubte Arafat militanten Fatah-Milizen an den Protesten teilzunehmen, unter anderem um die eigene Macht zu sichern und die Hamas in Schach zu halten (Usher 2003: 25; Gambill 2000: 2). Diese Milizen verübten in der Folge zahlreiche Feuerüberfälle und Sprengstoffanschläge. Ab Anfang des Jahres 2001 resultierte der innerpalästinensische Konflikt in einem Wettbewerb der Gewalt gegen Israel (Büscher 2011: 73). Da die israelischen Sicherheitskräfte diese nicht eindämmen konnten, entschied die Regierung im Juni 2002 das Westjordanland mittels eines Zauns abzuschotten (Usher 2005: 25).

Die Hamas verübte am 22. Dezember 2000 einen Selbstmordanschlag gegen israelische Sicherheitskräfte. Dies qualifiziert als Mittel des *Guerillakampfs*. Ab März 2001 eskalierte sie die Gewaltanwendung zu *nationaler Terrorismus*. Im Jahr 2001 verübte die Hamas fünf Terroranschläge. 2002 kam es zu 32 Anschlägen auf zivile und militärische Ziele (START 2012).

¹⁹ Gambill berichtet von schweren Hamas-internen Konflikten zwischen der internen Führung und der externen Führung. Während erstere öffentlich einen Waffenstillstand mit Israel propagierte, rief letztere Yassin, als Vertreter der internen Führung, zum Rücktritt auf (Middle East Intelligence Bulletin 1999).

²⁰ Für Erklärungen der Intifada siehe Usher (2003: 22) und Rabbani (2001).

Angesichts der Gewalt und vor dem Hintergrund der Anschläge vom 11. September 2001 setzten die USA die Hamas im Oktober auf die Liste ausländischer Terrorgruppen („Individuals and Entities Designated by the State Department Under E.O. 13224“) und bestärkten so ihre Nicht-Anerkennung der Organisation (US Department of State 2012b). Die EU nahm im Dezember vorerst nur die Qassam-Brigaden, im Jahr 2003 schließlich die gesamte Hamas auf die EU-Liste terroristischer Vereinigungen auf (Council of the European Union 2001, 2003). Im April 2003 veröffentlichte das 2002 gegründete Nahostquartett – bestehend aus den USA, der EU, Russland und der UN – ihre „Roadmap to Peace“. Diese verpflichtete die PA „[to] undertake visible efforts [...] to arrest, disrupt, and restrain individuals and groups conducting and planning violent attacks on Israelis anywhere“ (BBC 2003). Dieser Passus war vor allem gegen die Hamas gerichtet.

Unter dem Druck der USA unternahm Ägypten in Gesprächen mit der Fatah und der Hamas den Versuch die Gewalt mittels eines Waffenstillstands zu beenden. Während die Hamas ihre Zustimmung signalisierte, scheiterte diese Initiative an der Weigerung der israelischen Regierung die gezielten Tötungen von Hamas-Kadern einzustellen (Hroub 2004: 27).

Die Eskalation der Gewalt in der zweiten Intifada lässt sich plausibel mit der Konkurrenz der palästinensischen Gruppen um Status und Macht erklären (Bloom 2004). Die Wahl des Mittels terroristischer Selbstmordanschläge wurde dabei begünstigt durch ihre zunehmende Legitimierung durch die öffentliche Meinung (Gunning 2008: 217). Desweiteren wurde die Hamas von Jemen, Syrien und Iran politisch und materiell unterstützt. Der jemenitische Präsident Saleh empfing im Jahr 2002 Hamas-Führungskader und gewährte ihr so *Anerkennung als Partner in formellen Verhandlungen*. Desweiteren unterstützte der Jemen die Hamas finanziell und militärisch (Levitt 2006: 195). Schließlich profitierten die Islamisten von syrischer und iranischer Unterstützung in Form von militärischem Training, der Versorgung mit Waffen und finanziellen Zuwendungen (Gambill 2002: 7). Außerdem stachelten Iran und Syrien die Hamas an, die terroristische Gewalt fortzuführen (Levitt 2006: 175).

Auch die Politik anderer internationaler Akteure war einer De-Eskalation nicht zuträglich. Obgleich sich die Hamas offen für einen Waffenstillstand oder für Verhandlungen mit Israel gezeigt hatte (Milton-Edwards/Crooke 2004: 45), sah sie sich im Zuge der Intifada einer verstärkten Isolation seitens der USA und der EU ausgesetzt. Es ist anzunehmen, dass dies die Spannungen zwischen den palästinensischen Widerstandsgruppen verschärft, dem radikalen Flügel Auftrieb verliehen und so der Eskalation der Gewalt Vorschub geleistet hat.

De-Eskalation durch Waffenstillstand (Juni-August 2003)

Eine erneute Initiative Ägyptens trug schließlich im Sommer 2003 Früchte. Im Juni verkündete die Hamas unilateral eine dreimonatige Waffenruhe.

Für diese Entscheidung erscheinen folgende Erklärungen plausibel: Erstens sah sich die Hamas einer gewandelten regionalen Situation gegenüber, da Iran, Syrien und die Golf-Staaten einen Waffenstillstand unterstützten. Während erstere im Angesicht des Irakkrieges Vorsicht walten ließen, waren die Golfstaaten am Wiederaufbau guter Beziehungen zu den USA nach 9/11 interessiert (Gunning 2008: 226). Zweitens war die Hamas erpicht darauf, nicht mit dem Terrornetzwerk al-Qaida gleichgesetzt (Milton-Edwards/Crooke 2004: 304). Das Konzept des offensiven Dschihad gegen den fernen Feind USA, wie sie Al Qaida propagierte, entsprach nicht den Interessen und Zielen der Hamas. Stattdessen erkannte sie an, dass ein palästinensischer Staat nicht ohne Unterstützung der USA und Europas erreicht werden konnte (Gunning 2008: 227). Drittens war die Zustimmung der Hamas auch Folge der effektiven Verteidigungspolitik Israels sowie Konsequenz einer wachsenden Zustimmung der palästinensischen Öffentlichkeit zu Verhandlungen mit Israel (Gunning 2008: 227f.). Überdies schien die Hamas zu kalkulieren, dass ein Waffenstillstand in Verhandlungen mit Israel münden würde (Milton-Edwards/Crooke 2004: 304). So erklärte ein führendes Hamas-Mitglied: „Forget about rhetoric, we cannot destroy Israel. [...] The reality is that Palestinians can create a state that would live by Israel. We will respect any American effort that will stop Israeli settlements and settlers, and bring the Israelis to withdraw up to the 1967 borders“ (in: Gunning 2008: 226).

Der Waffenstillstand endete durch ein Selbstmordattentat in Jerusalem am 19. August 2003. Zwar wurde es von einem Hamas-Mitglied, aber aus privaten Gründen verübt (Gunning 2004: 242; Esposito 2004: 127). Der Waffenstillstand hatte keine drei Monate gehalten.

Eskalation und taktische Innovation (August 2003-März 2005)

Nach Ende des Waffenstillstandes eskalierte die Hamas die Gewalt gegen Israel wieder zu *Guerillakampf* und *nationalem Terrorismus*. Im Januar und März verübte sie Selbstmordanschläge auf Sicherheitskräfte sowie einen terroristischen Anschlag (START 2012).²¹ Darüber hinaus erging sich die Organisation zunehmend in Raketen- und Granatenbeschuss (START

²¹ Die GTD führt noch weitere terroristische Anschläge im August und September 2003 auf. Allerdings ist nicht klar, ob diese Taten tatsächlich von der Hamas oder einer anderen Gruppe begangen wurden (STAR 2012).

2012). Da dieser meist zivile statt militärischer Ziele traf und dies mindestens billigend in Kauf genommen wurde, qualifiziert es als nationaler Terrorismus.²²

Den israelischen Sicherheitskräften gelang es im Jahr 2004, Scheich Yassin und andere Führungsfiguren der Hamas in den besetzten Gebieten zu töten. Im November 2004 verstarb überdies Palästinenserpräsident Arafat. Die Konsequenz war erstens, dass in der Hamas eine neue, moderatere Führungsschicht nachrückte (Milton-Edwards/Farrell 2010: 239). Zweitens forcierte Arafats Nachfolger Mahmud Abbas die Inklusion der Gruppe in den politischen Prozess (Croitoru 2010: 171).

Die Wiederaufnahme der Gewalt durch die Hamas dürfte wie in den vorangegangenen Phasen vor allem mit der inner-palästinensischen Konkurrenz, dem Ziel, Vergeltung für die gezielten Tötungen durch israelische Sicherheitskräfte zu üben sowie dem Bestreben, den – im Frühling 2004 beschlossenen – israelischen Abzug aus den besetzten Gebieten zu forcieren, erklärt werden. Die Abnahme von Selbstmordanschlägen hin zu vermehrten Angriffen auf israelisches Territorium durch Raketen und Granatenbeschuss erklärt sich durch den Aufbau des Sicherheitswalls und die Effektivität der israelischen Sicherheitskräfte (Gunning 2008: 226). Anerkennung und Nicht-Anerkennung spielten keine Rolle.

Zurückhaltung durch Waffenstillstand: März 2005 bis Juni 2006

Im März 2005 unterzeichnete die Hamas das Kairoer Abkommen durch das sie unter anderem erklärte der PLO beitreten zu wollen. Dies ist kein trivialer Vorgang, da die 1988 verabschiedete Charta der PLO die Zwei-Staaten-Lösung postulierte. Die Hamas deutete hiermit eine nuancierte Position vis-à-vis Israel an (Tocci 2007: 138). Außerdem erklärte sie erneut einen Waffenstillstand, welcher von März 2005 bis Juni 2006 hielt.

Die Deklaration und prinzipielle Einhaltung des Waffenstillstands erklärt sich wie folgt: Nach der erfolgreichen Teilnahme an den palästinensischen Kommunalwahlen 2004/2005, rechnete sie sich Chancen auf ein gutes Abschneiden bei den Parlamentswahlen aus (Croitorou 2010: 174). Voraussetzung für die Durchführung von Wahlen aber war die Einstellung des bewaffneten Kampfes. Weitere Gründe für die Deklaration des Waffenstillstands waren die militärische Schwäche der Hamas aufgrund der Effektivität der israelischen Sicherheitskräfte und des Ausbaus der israelischen Sperranlagen um das Westjordanland, der zunehmend ablehnenden Haltung der palästinensischen Öffentlichkeit gegenüber Selbstmordanschlägen

²² Für eine andere Einschätzung siehe Stepanova (2008: 117). Aber: Raketenangriffe und Anschläge unterscheiden sich primär in der Zielgenauigkeit, aber nicht in ihrem Zweck und Ziel.

und des Mangels an Unterstützung internationaler Partner zu einem radikaleren Kurs. Aus Sorge vor einer militärischen Auseinandersetzung mit den USA und Israel drängten der Iran und Syrien die Hamas zur De-Eskalation (Gunning 2008: 230f.).

Die Teilnahme der Hamas an den Parlamentswahlen 2006 resultierte aus dem Scheitern des Oslo-Prozesses, ihrem Popularitätsgewinn sowie dem Wechsel der Hamas-Führungsspitze in den besetzten Gebieten hin zum moderateren Ismael Haniyeh (Freedman 2009: 285; Asseburg 2007: 39). Desweiteren scheint das Streben der Hamas nach internationaler Legitimität und Status die Teilnahme motiviert zu haben: So erklärte ein Hamas-Abgeordneter: „We decided to participate in the political game to show the world that we are not a terror organization“. Ein weiterer Abgeordneter erklärte im Rückblick: „[W]e realized that we could not fight all the great powers. So we decided to be more moderate and to participate in elections to gain at least something“ (in: Hovdenak 2009: 68).

Tatsächlich entschied die Hamas die Ende Januar 2006 abgehaltenen Wahlen zum palästinensischen Autonomierat klar für sich.²³ Da es – auf den Druck der USA, der EU und Israel hin – nicht zur Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Fatah kam, wurde im März eine Regierung der Hamas unter Führung von Ministerpräsident Haniyeh ins Amt gewählt.

Die israelische Regierung entschied noch am selben Tag die PA als terroristische Vereinigung zu betrachten und keinen Kontakt zu der neuen Regierung aufzunehmen (Freedman 2009: 285). Im Februar wurde der monatliche Transfer von Zoll- und Mehrwertsteuereinnahmen eingestellt (Müller 2009: 10). Zwei Tage nach Amtsantritt der Regierung ließ US-Präsident Bush verlauten: „The United States does not support a political party that wants to destroy our ally Israel [...]. It means you're not a partner in peace“ (in: Milton-Edwards/Farrell 2010: 262). Im Februar 2006 goss der US-Kongress finanzielle Sanktionen mittels des „Palestinian Anti-Terrorism Act“ in Gesetzesform.²⁴ Im April 2006 entschieden die USA und die EU sämtliche Hilfsgelder für die PA einzubehalten. Davon ausgenommen war nur die humanitäre Hilfe (Freedman 2009: 285; Müller 2009: 10). Der amerikanischen Position folgend erkannte das Nahostquartett zwar an, dass die Wahl „frei, fair und sicher“ gewesen sei, forderte aber die Erfüllung dreier Auflagen ein: die Widerrufung des Terrorismus, die Aner-

23 Die Hamas erhielt 44 Prozent der Stimmen und 74 von insgesamt 132 Sitzen, während die Fatah nur 41 Prozent und 45 Sitze erreichte (Asseburg 2006).

24 Länder wie Russland, Schweden, Belgien und zahlreiche arabische Staaten sahen aufgrund möglicher US-Sanktionen infolge des US-Finanzembargos gegen die PA von der Fortsetzung ihrer Unterstützung ab (Müller 2009: 10 Fn. 23).

kennung Israels und die Anerkennung aller zwischen Israel und der PLO geschlossenen Verträge (in: JPS 2006: 204).

Die Hamas kritisierte diese Politik aufs Schärfste:

„The day Hamas won the Palestinian democratic elections, the world’s leading democracies failed the test of democracy. Rather than recognize the legitimacy of Hamas [...] the U.S. and EU threatened the Palestinian people with collective punishment [...]. But if you are willing to accept the principle of a long-term truce, we are prepared to negotiate the terms. Hamas is extending a hand of peace to those who are truly interested in a peace based on justice“ (Chalid Maschal, Januar 2006 in: JPS 2006: 205f.).

Angesichts der westlichen Isolationspolitik sah sich die Organisation nach alternativen Einnahmequellen um, baute in der Folge die Partnerschaft mit dem Iran weiter aus und profitierte von finanzieller Unterstützung aus Saudi-Arabien und Katar (Milton-Edwards 2010: 265; Müller 2009: 10).

Tatsächlich gewann die Hamas in dieser Zeit auch internationale *Anerkennung als Partner in formellen Gesprächen*. Im Februar 2006 besuchte eine Delegation der Hamas die Türkei (Zaman 2006).²⁵ Nach Aussage der türkischen Regierung habe man die Hamas an die Erwartungen der internationalen Gemeinschaft erinnert (in: Zaman 2006).²⁶ Im März 2006 handelte Russland entgegen der vom Nahostquartett verabschiedeten Strategie und empfing eine Hamas-Delegation in Moskau (Freedman 2009: 285).²⁷ Nach Aussage von Außenminister Lavrov sei es darum gegangen Hamas zur Mäßigung zu bewegen (Myers/Myre 2006). Frankreich und Spanien billigten die Initiative (Brinkley 2006).

Die Phase des Waffenstillstands, der palästinensischen Parlamentswahl und des Amtsantritts der Regierung Haniyeh markierte einen Wendepunkt. Die Hamas hatte sich von einer radikalen und militanten Widerstandsgruppe, die die palästinensischen Institutionen aufgrund ihrer Begründung im Oslo-Prozess bekämpft und die innere Legitimität der äußeren Legitimität stets vorgezogen hatte, zu einer Regierungspartei gewandelt, die zwar dem bewaffneten Kampf nicht abschwor, doch die Bereitschaft signalisierte von ihren radikalen Zielen abzurücken und Kompromisse zu schließen. Desweiteren artikulierte sie ihr Streben nach äußerer Legitimität und Status, ergo nach internationaler Anerkennung. Dass sie diese nur in geringem Maße erfuhr, dürfte ein Erklärungsfaktor für die neuerliche Gewalteskalation im Sommer 2006 sein.

25 Es kam zu keinem Treffen mit Präsident Erdogan, das auf Druck der USA abgesagt wurde (Zaman 2006).

26 Kurz vor dem Besuch erklärte Präsident Erdogan: „I believe Hamas will move toward the center. [...] It is the wrong approach to reject dialogue [...]. The party [...] is not the same as the government“ (Erdogan 2006).

27 Wie im Fall der Türkei kam es aber zu keinem Gespräch mit dem russischen Regierungschef Putin.

Eskalation und Isolation (Juni 2006 – Dezember 2008)

Die 15-Monate währende Waffenruhe gegenüber Israel endete am 25. Juni 2006 mit der Entführung des israelischen Soldaten Gilad Schalit. In der Folge kam es ebenfalls zu verstärkter innerpalästinensischer Gewalt. Im Februar 2007 kamen Hamas und Fatah im Mekka-Abkommen überein, die Gewalt zu beenden und eine Einheitsregierung zu bilden (JMCC 2007). Dies geschah Mitte März 2007. Obgleich die Hamas israelisch-palästinensische Verhandlungen unter der Führung von Präsident Abbas sowie das Ziel eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 anerkannte und ankündigte von der PLO und Israel geschlossene Vereinbarungen zu akzeptieren, entsprach dies nicht den Erwartungen des Nahostquartetts (Hovdenak 2009: 74). Lediglich Norwegen und die Schweiz erkannten die Hamas *als Partner in formellen Gesprächen* an (Hovdenak 2009: 74).²⁸

Doch die Einheit hielt nicht lange. Die Fatah weigerte sich die alleinige Kontrolle der Sicherheitskräfte abzugeben und trieb den von den USA und Israel unterstützten Aufbau einer Fatah-Miliz im Gazastreifen als Gegengewicht zur Hamas voran (Tocci 2007: 155). Letztere bildete daraufhin eigene, unabhängige Sicherheitskräfte.²⁹ Nach zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen in den Folgemonaten kam es im Juni 2007 zur gewaltsamen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen (Croitoru 2010: 211).

Wenig überraschend resultierte dies in der Fortführung der Isolationspolitik (Aran 2012: 849). So erklärte US-Außenministerin Rice im November 2007: „The leaders of Hamas [...] have chosen violence. And the international community has remained united, isolating Hamas until it is ready to choose peace (in: JPS 2008: 202). Dennoch war die Isolation nicht lückenlos. Im April 2008 wurde bekannt, dass es Gespräche von Vertretern des Europäischen Parlaments, der Regierung Frankreichs und Italiens mit ebensolchen der Hamas gegeben hatte (Brown 2010: 124; Klein 2008). Den Angaben der französischen Regierung nach qualifizieren ihre Gespräche mit der Hamas als *Anerkennung als Partner in informellen Gesprächen*.³⁰

28 Unter Berufung auf diplomatische Kreise berichtet Hovdenak das einige EU-Staaten, darunter Frankreich, einen ebensolchen Schritt vollzogen hätten, hätte die Einheitsregierung länger gehalten (Hovdenak 2009: 74).

29 Siehe dazu ausführlich Hovdenak (2009: 69) und Tocci (2007: 152-157).

30 Im April traf überdies der frühere US-Präsident Carter mit Hamas-Vertretern in Damaskus zusammen und berichtete, dass die Organisation einem Abkommen über eine Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 zustimmen würde, wenn das palästinensische Volk dafür votiere (in: JPS 2008: 185).

Zeitgleich mit diesen diplomatischen Manövern, eskalierte die Gewaltanwendung der Hamas erneut. Nach der gewaltsamen Entführung Gilad Schalits, die die Wiederaufnahme des *Guerillakampfs* einläutete, kam es in den Folgemonaten – unterbrochen von zeitweisen Waffenstillständen (Aron 2012: 849) – vermehrt zum Beschuss israelischen Territoriums durch Raketen und Granaten (START 2012). Damit übte die Hamas *nationalen Terrorismus* aus. Anfang Dezember 2008 schließlich verstärkte sie den Raketenbeschuss und bereitete so dem Gaza-Krieg von Dezember 2008 bis Januar 2009 den Boden.

Die Phase von Juni 2006 bis Dezember 2008 ist durch internationale Nicht-Anerkennung und Anerkennung sowie eine Eskalation der Gewalt hin zu nationalem Terrorismus charakterisiert. Die Wiederaufnahme der Gewalt im Juni 2006 ist auf Hamas-interne Machtkämpfe zurückzuführen, mittels der das in Damaskus ansässige politische Büro der Hamas, eine zu starke Mäßigung der Organisation verhindern wollte (Büscher 2011: 98). Die Fortführung und Eskalation der Gewalt liegt im Bestreben Druck auf Israel auszuüben, gezielte Tötungen zu rächen und den innerpalästinensischen Status angesichts der seit der Teilnahme an den Wahlen 2006 aufkommenden, islamistischen Konkurrenz zu erwehren (...).

Internationale Anerkennung hingegen hatte keinen mäßigenden Effekt. Zwar begrüßte Hamas die Initiative Norwegens, der Schweiz und Frankreichs. Allerdings dürfte die von ihnen gewährte Anerkennung angesichts der Isolationspolitik des Nahostquartetts und des Drucks radikaler Gruppen als Anreiz ihre Gewaltpolitik zu ändern nicht ausgereicht haben.

Es kann hingegen plausibel argumentiert werden, dass internationale Nicht-Anerkennung zur neuerlichen Eskalation der Gewalt beigetragen hat. Die Unterzeichnung des Mekka-Abkommens erfolgte auch aus dem Streben nach internationalem Status und Legitimität (Tocci 2007: 154). Tatsächlich signalisierte die Hamas eine Bereitschaft zu Kompromissen und Mäßigung und nährte sich so internationalen Forderungen an.³¹ Die kurz darauf folgende gewaltsame Machtübernahme aber war nicht nur ein pre-emptiver Akt, um einem Putsch der vom Westen finanzierten Fatah-Milizen vorzugreifen, sondern nach Hovdenak Folge eines Hamas-internen Machtkampfs zwischen der moderaten und an der Regierung

31 Im September 2006 wurde ein programmatisches Papier der Hamas publik in dem sie ihre Bedingungen für einen fünfjährigen Waffenstillstand mit Israel darlegte. Dieser wurde verstanden als Schritt hin zu einem permanenten Frieden zwischen beiden Seiten (in JPS 2007: 187ff.). Nach Unterzeichnung des Mekka-Abkommens erklärte ein führendes Hamas-Mitglied: „Hamas is a flexible movement, responding to international community claims. This should be a good opportunity for the international community to communicate with Hamas“ (in: Hovdenak 2009: 74). Bezüglich der Forderungen des Nahost-Quartetts erklärte der stellvertretende Leiter des politischen Büros in Damaskus Musa Abu Marzuq im August 2007: „We are against these demands, but we are willing to talk about them“ (in: Hovdenak 2009: 71).

beteiligten politischen Führung und dem radikaleren militärischen Arm, in dem sich letzterer ob der Aufrechterhaltung der internationalen Isolation und der Sanktionen gegen die Einheitsregierung durchgesetzt habe (Hovdenak 2009: 75). Tatsächlich lasteten Vertreter des moderaten Flügels der Hamas das Scheitern der Regierung und die Machtübernahme den internationalen Akteuren an: „There was a big chance for the whole world [...]. But unfortunately, they spoiled this opportunity“ (in: Hovdenak 2009: 74).

Die Isolationspolitik des Nahostquartetts war mit der Machtübernahme der Hamas und des Ausbruchs des Gazakrieges offensichtlich gescheitert (Tocci 2007: 141). Hatten die USA und Israel es darauf angelegt, die Hamas durch die Aufrechterhaltung der Nicht-Anerkennung und der Unterstützung der Fatah zu schwächen und die EU darauf abzielte eine Mäßigung zu induzieren, führte diese Politik zu einer Stärkung des radikalen Flügels der Hamas, der die Gewalt wieder eskalierte.

FAZIT

Anerkennung und Nicht-Anerkennung, De-Eskalation und Eskalation: Die diesem Arbeitspapier zugrundegelegten Hypothesen behaupteten folgende Zusammenhänge. Internationale Anerkennung kann zur Entscheidung eines nicht-staatlichen Gewaltakteurs Zurückhaltung in der Gewaltanwendung zu zeigen beitragen, während Nicht-Anerkennung zur Eskalation der Gewalt führen kann.

Die empirische Analyse der Geschichte von Fatah/PLO und Hamas zeigt, dass Anerkennung unter bestimmten Bedingungen tatsächlich ein wirksames Mittel des Konfliktmanagements sein kann, während Nicht-Anerkennung die Eskalation der Gewaltanwendung begünstigen kann.

Die Fatah hat von 1962 bis 1993 zunehmend internationale Anerkennung von unterschiedlichen internationalen Akteuren erfahren und mit den Jahren Zurückhaltung in ihrer Gewaltanwendung geübt. Diese Entwicklung kann als graduell, aber unstet beschrieben werden. Die Hamas erfuhr vor allem von arabischen und islamischen Staaten Anerkennung, wurde aber von den westlichen Drittparteien initial zu geringem Grade, ab Mitte der 1990er Jahre weitgehend isoliert und nicht-anerkannt. Anfang der 1990er Jahre hatten die USA und einzelne europäische Staaten noch Gespräche mit der Hamas geführt, doch als die Mäßigung der Organisation misslang folgten sie der Politik Israels und verfolgten bis zum Jahr 2006 eine invariable Strategie der Isolation. Danach lässt sich die westliche Politik gegenüber der Hamas als uneinheitlich-isolationistisch beschreiben.

Anstatt also aus dem Fall der Fatah die Lehre zu ziehen, internationale Anerkennung gezielt einzusetzen, um vor dem Hintergrund gewisser Signale der Mäßigung zur De-Eskalation beizutragen, wurde die Hamas trotz dieser Signale (Waffenstillstände, Strategiedebatten, Teilnahme an Wahlen 2004/2005 und 2006, Übernahme von Regierungsverantwortung 2006, Bildung einer Einheitsregierung 2007) ignoriert wurde. Besonders problematisch und die Eskalation des Konflikts fördernd erscheint die Politik der Nicht-Anerkennung nach dem Wahlsieg der Hamas 2006 und der Bildung einer Einheitsregierung 2007. Angesichts der demokratischen Wahl und prinzipiellen Bereitschaft zu Kooperation und Mäßigung, hätte sich eine Strategie der graduellen Anerkennung konfliktmindernd auswirken können. Dass dies kein leichtfertiges Urteil im Blick zurück ist, deuten die vereinzelt Akte der Anerkennung europäischer Staaten Mitte der 2000er Jahre an. Insgesamt variierte die Gewaltanwendung der Hamas zwischen Waffenstillstand und nationalem Terrorismus, ging aber über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen nicht signifikant zurück.

Wie die Analyse gezeigt hat, ist die Wirkung des Faktors Anerkennung nicht eindeutig. Ich identifiziere fünf Effekte. Erstens, die dunkle Seite der Anerkennung. Von 1962 bis 1973 eskalierte die Fatah ihren Kampf gegen Israel von Guerillakampf zu nationalem Terrorismus und genoss zunehmend Anerkennung. Ähnlich verhielt es sich im Fall der Hamas, die zwischen 1991 und 1998 sowie 2002 von arabischen und islamischen Staaten trotz bzw. wegen der Eskalation der Gewalt und ihrer Radikalität und Militanz anerkannt wurde. In beiden Fällen kam es zu keiner De-Eskalation der Gewalt, da die anerkennenden Staaten nicht beabsichtigten die Hamas zu mäßigen, sondern in der Gewaltanwendung gegen Israel (und die PA) zu unterstützen. Im Fall der Hamas war diese Politik arabischer und islamischer Staaten teils durch die Vorbeugung von Unruhen durch Hamas-Sympathisanten im eigenen Land (z.B. Jordanien 1991), teils durch das Interesse den Friedensprozess zu unterminieren und den eigenen Status zu stärken motiviert (Iran, Syrien). Der mäßigende Effekt internationaler Anerkennung ist offensichtlich abhängig von den Präferenzen und Interessen des anerkennenden internationalen Akteurs. In den genannten Fällen führte die Anerkennung zur Fortführung und gar zur Eskalation der Gewalt, da sowohl Anerkannte als auch Anerkennende ein Interesse an dieser Politik hatten.

Zweitens zeigt die Analyse, dass Nicht-Anerkennung entweder zur Fortführung oder gar zur Eskalation der Gewaltanwendung eines nicht-staatlichen Akteurs führen kann. In der Phase von 1971 bis 1974 übte der Fatah-Arm Schwarzer September transnationalen Terrorismus aus, um die Welt zu zwingen vom Fall der Palästinenser und dem Kampf der PLO Kenntnis zu nehmen. Vier Jahre später wendete sich die Fatah wieder dem Terrorismus zu, um gegen

den Ausschluss von Verhandlungen zu protestieren. Der Fall der Hamas ist vor allem durch Nicht-Anerkennung geprägt. Hier zeigt sich, dass Nicht-Anerkennung zur Fortführung des Kampfes und Eskalation beitragen kann, in dem moderate Kräfte geschwächt und radikale gestärkt werden. Allerdings sind dies lediglich erste Indizien. Die Analyse des Effekts von Nicht-Anerkennung im Fall der Hamas ist schwierig, da Nicht-Anerkennung der Regelfall war und von den relevanten Drittparteien über weite Strecken betrieben wurde. Mittels eines anderen Forschungsdesigns (z.B. vermehrtes Studium von Primärquellen, qualitative Interviews) könnte diese Einschätzung verifiziert werden.

Drittens führte in den Jahren 1973 bis 1974 die Anerkennung der Fatah tatsächlich zu Zurückhaltung. 1973 erkannte die Arabische Liga in geheimer Weise die Fatah-geführte PLO als alleinige, legitime Vertreterin des Palästinensischen Volkes an. Die UDSSR tat es ihr gleich, dies aber vorerst nur inoffiziell. Als Reaktion auf diese Akte der Anerkennung und angesichts der regionalen Verschiebungen in der Folge des Krieges von 1973, erklärte die PLO im Jahr 1974, dass sie Zurückhaltung üben werde. Dies tat sie tatsächlich in den folgenden Jahren. In diesem Fall zielte die Anerkennung explizit darauf ab, die PLO zu mäßigen. Da die PLO danach strebte als Vertreter der Palästinenser anerkannt und darauf aus war als verantwortungsvoller Akteur angesehen zu werden, folgte es den arabischen und sowjetischen Offerten und übte sich tatsächlich in Zurückhaltung. Im Fall der Hamas konnte ein solcher Effekt nicht identifiziert werden. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass die Nicht-Anerkennung der „relevanten Anderen“ fortbestand und die Akte der Anerkennung zu vereinzelt und von zu geringem Grad waren.

Viertens deutet die Analyse an, dass die der Fatah gewährte Anerkennung langfristig eine mäßigende Wirkung auf die Gewaltanwendung der Fatah gehabt hat. Bereits in den 1968er Jahren sah die Fatah die Notwendigkeit, die Ausübung von nationalem Terrorismus zu rechtfertigen im Bewusstsein, dass ein eine schlechte Reputation etwaigen Zugewinnen an Anerkennung in Zukunft hinderlich sein könnte. In den frühen und späten 1980er Jahren war sich die Fatah-geführte PLO wiederum bewusst ihr internationales Image nicht durch transnationalen oder nationalen Terrorismus zu zerstören. Ohne Frage, ist die Beweiskraft für diesen Effekt gering. Doch den politischen Entscheidung der Fatah nach zu urteilen, kann plausibel angenommen werden, dass die Gruppe ihre Gewaltanwendung an der Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft ausrichteten.

Das theoretische Argument dieser Studie fokussierte auf die Faktoren Anerkennung bzw. Nicht-Anerkennung und nicht-staatliche Gewalt. Auf diese Weise warf sie ganz unterschied-

liche Akteure als potentielle Anerkennende zusammen und missachtete die Tatsache, dass die Charakteristika der Akteure, die Anerkennung gewähren, eine Rolle spielen könnte. Die empirische Analyse zeigte, dass die Anerkennung unterschiedlicher Akteure unterschiedliche Effekte haben kann. Sowohl im Fall der Hamas als auch der Fatah, kann der Faktor Anerkennung auch die Fortführung und Eskalation der Gewalt erklären. Desweiteren hatte beispielsweise die Anerkennung der Fatah durch die Europäische Gemeinschaft oder auch die Anerkennung der Hamas durch Staaten wie Norwegen, die Schweiz, Russland und die Türkei keinen Effekt, da diese Akteure nicht ausreichend Macht hatten die Fatah bzw. Hamas zu einer Mäßigung zu verpflichten bzw. der Anreiz von diesen Staaten anerkannt zu werden im Angesicht der Nicht-Anerkennung anderer, relevanterer Akteure zu gering war. Der UDSSR und der Arabischen Liga hingegen gelang es die Fatah zur Mäßigung zu bewegen, da sie ausreichend Macht und Einfluss hatten. Alles in allem scheint es, dass die Wirkung davon abhängt, welcher Akteur Anerkennung gewährt.

Alles in allem hat die empirische Analyse – auch wenn ihre Befunde aufgrund der Spezifika der beiden Fälle nicht ohne weiteres verallgemeinert werden können – gezeigt, dass Anerkennung unter bestimmten Bedingungen einen mäßigenden Effekt haben, während Nicht-Anerkennung zur Eskalation nicht-staatlicher Gewaltanwendung beitragen kann. Insbesondere eine Strategie der graduellen Anerkennung hat das Potential zur De-Eskalation der Gewalt eines nicht-staatlichen Gewaltakteurs beizutragen. Der Fall der Hamas hingegen deutet an, dass Nicht-Anerkennung eine Mäßigung verhindern kann, wenn dadurch radikale gegenüber moderaten Strömungen einer politischen Gruppe gestärkt werden und die Eskalation des Kampfes als nützlich angesehen wird. Desweiteren hat die Analyse der ersten Jahre der Hamas gezeigt, dass selbst politisch motivierte Akteure nicht per se ein Interesse an internationaler Anerkennung haben. In einem solchen Fall kann Anerkennung keine Wirkung zeitigen.

Das vorliegende Arbeitspapier hat durch die Analyse der Geschichte des Widerstands der Fatah und der Hamas den Versuch unternommen, die Wirkung internationaler Anerkennung und Nicht-Anerkennung auf die Gewaltanwendung nicht-staatliche Gewaltakteure zu ermitteln. Ohne Frage bedarf diese Frage weiterer Bearbeitung, um diese ersten Ergebnisse zu qualifizieren, differenzieren und auf diese Weise letztendlich zu verifizieren. Dazu gehören beispielsweise auch methodologische Fragen der Konzeptualisierung von Nicht-Anerkennung und Anerkennung sowie der Messung. Trotz der offenen Fragezeichen zeigt die vorliegende Analyse, dass es das Studium historischer Fälle von Anerkennung, Nicht-Anerkennung, De-Eskalation und Eskalation ist, dass ermöglicht die Frage nach den Folgen

der der Hamas (und Fatah) im Herbst 2012 gewährten internationalen Anerkennung zu beantworten. Im einem nächsten Schritt gilt es über die konzeptionell-methodologischen Baustellen hinaus, die hier nur angedeuteten Bedingungen unter den eine Strategie der graduellen Anerkennung Früchte tragen kann, zu identifizieren.

LITERATUR

- ABU-AMR, Ziad 1993: Hamas: A Historical and Political Background, in: *Journal of Palestine Studies* 22: 4, 5-19.
- ALEXANDER, Yonah 2003: *Palestinian Secular Terrorism*, Ardsley.
- ALEXANDER, Yonah/Sinai, Joshua 1989: *Terrorism: The PLO Connection*, New York.
- ALON, Hanan 1980: *Countering Palestinian Terrorism in Israel: Toward a Policy Analysis of Countermeasures*, Santa Monica.
- ALSC (Arab League Summit Conference) 1973: *Secret Resolutions*, Algiers, 4 December 1973, in: Lukacs, Yehuda 1992: *The Israeli-Palestinian Conflict: A Documentary Record*, Cambridge, 463-464.
- ARAFAT, Yasser 1993: Letter from Yasser Arafat to Prime Minister Rabin, 9 September 1993, online: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/recogn.html> (11/11/2013).
- ARAFAT, Yasser 1989: Speech on the Intifada, September 1989, in: Laqueur, Walter/Rubin, Barry (Hrsg.) 2001: *The Israel-Arab Reader. A documentary History of the Middle East Conflict*, New York.
- ARAFAT, Yasser 1974: Speech to the UN General Assembly, 13 November 1974, in: Lukacs, Yehuda 1992: *The Israeli-Palestinian Conflict: A Documentary Record*, Cambridge, 317-333.
- ARAN, Amnon 2012: Containment and territorial transnational actors: Israel, Hezbollah and Hamas, in: *International Affairs* 88:4, 835-855.
- ASHOUR, Omar 2009: *The De-Radicalization of Jihadists. Transforming armed Islamist movements*, Abingdon.
- ASSEBURG, Muriel 2007: Die Palästinensische Hamas zwischen Widerstandsbewegung und Reformregierung, in: Asseburg, Muriel (Hrsg.): *Moderate Islamisten als Reformakteure. Rahmenbedingungen und programmatischer Wandel*, SWP Studie 5, Berlin, 37-44.
- ASSEBURG, Muriel 2006: Nach den palästinensischen Parlamentswahlen. Wie mit Hamas umgehen?, SWP-Aktuell 2006/A 08, Berlin.
- BEHRENDT, Sven 2007: *The Secret Israeli-Palestinian Negotiations in Oslo*, London and New York.
- BARSKY, Yehudit 1996: Focus on Hamas: Terror by Remote Control, in: *Middle East Quarterly* 3:2, 3-9.
- BASSIOUNI, Cherif 2008: The New Wars and the Crisis of Compliance with the Law of Armed Conflict by Non-State Actors, in: *The Journal of Criminal Law & Criminology* 98:3, 711-810.
- BAUMGARTEN, Helga 2006: *Hamas. Der Politische Islam in Palästina*, München.
- BBC (British Broadcasting Company) 2003: *The Road Map. Full Text*, online: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/2989783.stm (13/11/2013).

- BHATIA, Michael V. 2005: Fighting Words: Naming Terrorists, Bandits, Rebels and Other Violent Actors, in: *Third World Quarterly* 26:1, 5-22.
- BICKERTON, Ian J./Klausner, Carla L. 2010: *A History of the Arab-Israeli Conflict*, Boston.
- BIENE, Janusz/Daase, Christopher 2012: Gradual Recognition: Curbing Non-State Violence in Asymmetric Conflict, Forschungspapier vorgestellt auf dem Workshop "The Problem of Recognition in Global Politics", Goethe-Universität Frankfurt/Main, 22. Juni 2012.
- BRINKLEY, Joel 2006: France Backs Putin on Speaking to Hamas, in: *The New York Times*, online: <http://travel.nytimes.com/2006/02/11/international/11diplo.html?pagewanted=print&r=0> (11/11/2013).
- BROWN, Nathan 2010: Principled or Stubborn? Western Policy Towards Hamas, in: *Centro Studi di Politica Internazionale (CeSPI)/International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA)/Istituto Affari Internazionali (IAI)* (Hrsg.): *Islamist Mass Movements, External Actors and Political Change in the Arab World*, 111-133.
- BRUDERLEIN, Claude 2000: The Role of Non-State Actors in Building Human Security. The Case of Armed Groups in Intra-State Wars, online: http://mercury.ethz.ch/serviceengine/Files/ISN/7284/ipublicationdocument_singledocument/2c039ea2-3e43-46d7-92b3-c928ef28a8ad/en/doc_7302_290_en.pdf (11/11/2013).
- BÜSCHER, Matthias Alexander 2011: *Der Strategiewandel der palästinensischen Hamas*, Frankfurt/Main.
- COBBAN, Helena 1984: *The Palestinian Liberation Organization. People, Power, and Politics*, Cambridge.
- COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION 2003: Council Common Position updating Common Position 2001/931/CFSP on the Application of specific Measures to Combat Terrorism and Repealing Common Position 2003/651/CFSP, online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32003E0651:EN:HTML> (11/11/2013).
- COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION 2001: Common Position on the Application of Specific Measures to Combat Terrorism, online: http://eur-lex.europa.eu/en/dossier/dossier_03.htm (11/11/2013).
- CRENSHAW, Martha 1991: How Terrorism Declines, in: *Terrorism and Political Violence* 3:1, 69-87.
- CROITURU, Joseph 2010: *Hamas. Auf dem Weg zum Palästinensischen Gottesstaat*, München.
- CRONIN, Audrey Kurth 2009: How Terrorist Campaigns End, in: Bjorgo, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind. Individual and Collective Engagement*, Abingdon
- DAASE, Christopher 1999: *Kleine Kriege – große Wirkung. Wie unkonventionelle Kriegführung die internationale Politik verändert*, Baden-Baden.
- DAASE, Christopher/Spencer, Alexander 2011: Stand und Perspektiven der Politikwissenschaftlichen Terrorismusforschung, in: Spencer, Alexander/ Kocks, Alexander/ Harbrich, Kai (Hrsg.): *Terrorismusforschung in Deutschland*, Wiesbaden, 25-47.

- DISHON, Daniel 1973: Middle East Record. Volume IV - 1968, Jerusalem.
- DUDOUET, Veronique 2009: From War to Politics: Resistance/Liberation Movements in Transition, Berghof Report No. 17, Berlin.
- ERDOGAN, Recep Tayyip 2006: Some Advice to Hamas, in: New Perspectives Quarterly 23:2, 52-53.
- ESPOSITO, Michele K. 2004: Quarterly Update on Conflict and Diplomacy, in: Journal of Palestine Studies 34:1, 118-141.
- FATAH 1989: Political Program of Fateh, 8 August 1989, Tunis, in: Journal of Palestine Studies 19:1, 134-139.
- FRANGI, Abdallah 1982: PLO und Palästina. Vergangenheit und Gegenwart, Frankfurt/Main.
- FREEDMAN, Robert O. 2009: Israel and the United States, in: Freedman, Robert O. (Hrsg.): Contemporary Israel. Domestic Politics, Foreign Policy, and Security Challenges, Boulder, 253-295.
- GAMBILL, Gary C. 2002: Sponsoring Terrorism: Syria and Hamas, in: Middle East Intelligence Bulletin 4:10, online: http://www.meforum.org/meib/articles/0210_s1.htm (11/11/2013).
- GAMBILL, Gary C. 2000: The Intifada behind the Al-Aqsa Intifada, in: Middle East Intelligence Bulletin 2:10, online: http://www.meforum.org/meib/articles/0011_ip1.htm (11/11/2013).
- GLASER, Max P. 2005: Humanitarian Engagement with Non-State Armed Actors. The Parameters of Negotiated Access, Network Paper No. 51, Humanitarian Practice Network.
- GÖRZIG, Caroline 2010: Talking to Terrorists. Concessions and the Renunciation of Violence, Abingdon.
- GOWERS, Andrew/Walker, Tony 1991: Behind the Myth. Yasser Arafat and the Palestinian Revolution, New York.
- GRÄVINGHOLT, Jörn/Hofmann, Claudia/Klingebl, Stephan 2007: Development Cooperation and Non-State Armed Groups, Studies/German Development Institute 29, Bonn.
- GUNNING, Jeroen 2008: Hamas in Politics: Democracy, Religion, Violence, New York.
- GUNNING, Jeroen 2004: Peace with Hamas? The Transforming Potential of Political Participation, in: International Affairs 80:2, 233-255.
- HALABI, Sam 2012: Traditions of Belligerent Recognition: The Libyan Intervention in Historical and Theoretical Context, in: American University International Law Review 27.
- HARKABI, Yehoshafat 1968: Fatah's Doctrine, in: Laqueur, Walter/Rubin, Barry 2001 (Hrsg.): The Israel-Arab Reader. A Documentary History of the Middle East Conflict, New York, 121-129.
- HERR, Stefanie 2010: Binding Non-State Armed Groups to International Humanitarian Law. Geneva Call and the Ban of Anti-personnel Mines: Lessons from Sudan, HSFK Report 95, 2010.

- HOFMANN, Claudia 2012: Reasoning With Rebels. International NGO's Approaches to Engaging Armed Groups, SWP Research Paper 11, Berlin.
- HONNETH, Axel 2011: Recognition between States. On the Moral Substrate of International Relations, in: Lindemann, Thomas/Ringmar, Erik (Hrsg.): The International Politics of Recognition, London, 25-38.
- HOVDENAK, Are 2009: Hamas in Transition: The Failure of Sanctions, in: Democratization 16:1, 59-80.
- HOVIL, Lucy/Werker, Eric 2005: Portrait of a Failed Rebellion. An Account of Rational, Sub-Optimal Violence in Western Uganda, Rationality and Society, 17:1, 5-34.
- HROUB, Khaled 2004: Hamas After Shaykh Yasin and Rantisi, in: Journal of Palestine Studies 33:4, 1-38.
- HROUB, Khaled 2000: Hamas. Political Thought and Practice, Washington D.C.
- HULME, Derick L. 2004: Palestinian Terrorism and U.S. Foreign Policy 1969-1977. Dynamics of Response, Lampeter.
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP 2012: Israel and Hamas: Fire and Ceasefire in a New Middle East, Middle East Report No. 133, o.A..
- INTERNATIONAL CRISIS GROUP 2004: Dealing With Hamas, ICG Middle East Report No. 21, Amman.
- ISER, Mattias 2006: Anerkennung, in: Göhler, Gerhard/Iser, Mattias/Kerner, Ina (Hrsg.): Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden.
- IYAD, Abu/Rouleau, Eric 1981: My Home, my Land, New York.
- JMCC (Jerusalem Media & Communication Centre) 2007: Mecca Agreement, online: <http://www.jmcc.org/Documentsandmaps.aspx?id=690> (13/11/2013).
- JOHANNSEN, Margret 2011: Der Nahost-Konflikt. Elemente der Politik, Wiesbaden.
- JOURNAL OF PALESTINE STUDIES 2008: Former President Jimmy Carter, Notes n Meetings with Hamas Leaders and Syrian President Bashar al-Assad, and Observations Regarding the Peace Process, Atlanta, 22 April 2008, in: Journal of Palestine Studies 37:4, 182-186.
- JOURNAL OF PALESTINE STUDIES 2007: Hamas Delegation, Draft Proposal for a Five-Year Truce with Israel, Late Summer 2006, in: Journal of Palestine Studies 36:3, 187-189.
- JOURNAL OF PALESTINE STUDIES 2006: Representatives of the Quartet, Statement on the Palestinian Legislative Elections, London, 30 January 2006, in: Journal of Palestine Studies 35:3, 204-205).
- JOURNAL OF PALESTINE STUDIES 1975: Documents and Source Material: Arab Documents on Palestine and the Arab-Israeli Conflict, Journal of Palestine Studies, 4:2, 164-180.
- KALYVAS, Stathis 2006: The Logic of Violence in Civil War, New York.

- KARMON, Ely 2005: Coalitions between Terrorist Organizations: Revolutionaries, Nationalists and Islamists, Leiden.
- KING, Elizabeth 2007: A Quiet Revolution. The First Palestinian Intifada and Nonviolent Resistance, New York.
- KIRISCI, Kemal 1986: The PLO and World Politics. A Study of the Mobilization of Support for the Palestinian Cause, London.
- KLEIN, Aaron 2008: Hamas claims secret meetings with EU, Italy, Norway, in: World Net Daily, online: <http://www.wnd.com/2008/04/61766/print/> (13/11/2013).
- KONAREK, Katharina 2009: Die Fatah – Die Determinanten der Transformation zu einer politischen Bewegung, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung LMU München, Nr. 56.
- KURZ, Anat N. 2005: Fatah and the Politics of Violence. The Institutionalization of a Popular Struggle, Brighton.
- KURZ, Anat N. 1994: The Armed Dimension of the Intifada, in: Gazit, Shlomo/Eytan, Zeev (Hrsg.): The Middle East Military Balance 1993-1994, Boulder, 111-130.
- KURZ, Anat N. 1990: Palestinian Armed Struggle, in: Alpher, Joseph/Eytan, Zeev/Tamari, Dov (Hrsg.): The Middle East Military Balance 1989-1990, Boulder, 154-173.
- KURZ, Anat N. 1989: Palestinian Terrorism in 1988, in: Levrant, Aharon/Eytan, Zeev (Hrsg.): The Middle East Military Balance 1988-1989. A Comprehensive Data Base & In-Depth Analysis of Regional Strategic Issues, Boulder, 84-98.
- LEVITT, Matthew 2006: Hamas: Politics, Charity, and Terrorism in the Service of Jihad, Washington D.C..
- LINDEMANN, Thomas 2011: Concluding Remarks on the Empirical Study of International Recognition, in: Lindemann, Thomas/Ringmar, Erik (Hrsg.): The International Politics of Recognition, London, 209-225.
- LINDEMANN, Thomas/Ringmar, Erik (Hrsg.) 2011: The International Politics of Recognition, London.
- LUSTICK, Ian S. 1990: Changing Rationales for Political Violence in the Arab-Israeli Conflict, Journal of Palestine Studies, 20: 1, 54-79.
- MARGALIT, Avishai 2001: Recognizing the Brother and the Other, Proceedings of the Aristotelian Society, Supplementary Volumes, Vol. 75, 128-139.
- MCQUEEN, Paddy 2011: Social and Political Recognition, Internet Encyclopedia of Philosophy, http://www.iep.utm.edu/recog_sp/, o.A.
- MERARI, Ariel/Elad, Shlomi 1986: The International Dimension of Palestinian Terrorism, Boulder.
- MIDDLE EAST INTELLIGENCE BULLETIN 1999: Hamas Divided Against Itself, in: Middle East Intelligence Bulletin 1:6, o.A..

- MILTON-EDWARDS, Beverley/Farrell, Stephen 2010: Hamas. The Islamic Resistance Movement, Cambridge.
- MILTON-EDWARDS, Beverley/Crooke, Alistair 2004: Waving, Not Drowning: Strategic Dimensions of Ceasefire and Islamic Movements, in: Security Dialogue 25:3, 295-310.
- MISHAL, Shaul/Sela, Avraham 2000: The Palestinian Hamas. Vision, Violence, and Coexistence, New York.
- MÜLLER, Patrick 2009: Die EU, die Hamas und die Kreise im israelisch-palästinensischen Friedensprozess, SWP-Studien 2009/S 08, Berlin.
- MUSLIH, Mohammed 1999: The Foreign Policy of Hamas, Council on Foreign Relations, New York.
- MYERS, Steven Lee/Myre, Greg 2006: Hamas Delegation Visits Moscow for a Crash Course in Diplomacy, online: http://www.nytimes.com/2006/03/04/international/middleeast/04hamas.html?_r=0 (13/11/2013).
- PAPE, Robert 2005: Dying to Win. The Strategic Logic of Suicide Terrorism, New York.
- PEARLMAN, Wendy 2011: Violence, Nonviolence, and the Palestinian National Movement, Cambridge.
- PECASTAING, Camille 2011: Facing Terrorism: Engagement and De-escalation, in: Zartman, William I./Faure, Guy Olivier (Hrsg.): Engaging With Extremists. Trade-Offs, Timing, and Diplomacy, Washington, 57- 80.
- PETTYJOHN, Stacey 2011: U.S. Policy toward Nationalist Terrorist Organizations: Isolate or Engage?, in: Zartman, I. William/Faure, Guy Olivier (Hrsg.): Engaging with Extremists. Trade-Offs, Timing, and Diplomacy, Washington, 137-163.
- PETTYJOHN, Stacey 2009: Engagement: A Path to Disarmament or Disaster?, International Negotiation, 14:1.
- RABBANI, Mouin 2008: A Hamas Perspective on the Movement's Evolving Role: An Interview with Khalid Mishal Part II, in: Journal of Palestine Studies 37:4.
- RABBANI, Mouin 2001: Rocks and Rockets: Oslo's Inevitable Conclusion, in: Journal of Palestine Studies 30:3, 68-81.
- RABIN, Yitzhak 1993: Letter from Prime Minister Rabin to Yasser Arafat, 9 September 1993, online: <http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/Peace/recogn.html> (13/11/2013).
- REINARES, Fernando 1998: Democratic Regimes, Internal Security Policy and the Threat of Terrorism, in: Australian Journal of Politics and History 44:3, 351-371.
- RICOLFI, Luca 2005: Palestinians 1981-2003, in: Gambetta, Diego (Hrsg.): Making Sense of Suicide Missions, Oxford, 77-130.
- RINGMAR, Erik 2002: The Recognition Game: Soviet Russia Against the West, Cooperation and Conflict, 37:2, 115-136.

- ROSS, Jeffrey Ian/Gurr, Ted Robert 1989: Why Terrorism Subsides: A Comparative Study of Canada and the United States, in: *Comparative Politics* 21:4, 405-426.
- RUBIN, Barry 1994: *Revolution Until Victory? The Politics and History of the PLO*, Cambridge.
- SAYIGH, Yezid 1986: Palestinian Armed Struggle: Means and Ends, *Journal of Palestine Studies*, 16: 1, 95-112.
- SAYIGH, Yezid 1997: *Armed Struggle and the Search for the State. The Palestinian National Movement 1949-1993*, Oxford.
- SCHALLER, Christian 2012: Palästinas Aufwertung zum Beobachterstaat in den Vereinten Nationen, *SWP-Aktuell* 73, Berlin.
- SCHMELZLE, Cord 2011: *Evaluating Governance. Effectiveness and Legitimacy in Areas of Limited Statehood*, SFB-Governance Working Paper Series 26, Berlin.
- SCHMEMANN, Serge 1998: Hamas Sheik Back in Gaza After Touring Arab Capitals, in: *New York Times*, online: <http://www.nytimes.com/1998/06/25/world/hamas-sheik-back-in-gaza-after-touring-arab-capitals.html> (11/11/2013).
- SCHNECKENER, Ulrich 2006: *Transnationaler Terrorismus*, Frankfurt/Main.
- SHALEV, Aryeh 1989: The Uprising in Judea, Samaria and the Gaza Strip and its Ramifications, in: Levran, Aharon/Eytan, Zeev (Hrsg.): *The Middle East Military Balance 1988-1989. A Comprehensive Data Base & In-Depth Analysis of Regional Strategic Issues*, Boulder, 26-43.
- SHALEV, Aryeh 1988: The Uprising in Judea, Samaria and the Gaza Strip, in: Levran, Aharon/Eytan, Zeev (Hrsg.): *The Middle East Military Balance 1987-1988. A Comprehensive Data Base & In-Depth Analysis of Regional Strategic Issues*, Boulder, 23-47.
- SIMON, Steven/Benjamin, Daniel 2000: America and the New Terrorism, *Survival*, 42:1, 59-75.
- SPENCER, Alexander 2012: The Social Construction of Terrorism: Media, Metaphors and Policy Implications, in: *Journal of International Relations and Development* 15: 3, 393-419.
- STANTON, Jessica 2009: *Strategies of Violence and Restraint in Civil War*, PhD Thesis submitted at the Columbia University, Graduate School of Arts and Sciences.
- START (National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism) 2012: *Global Terrorism Database*, online: <http://www.start.umd.edu/gtd> (13/11/2013).
- STEPANOVA, Ekatarina 2008: *Terrorism in Asymmetrical Conflict. Ideological and Structural Aspects*, SIPRI Research Report 23, Oxford.
- STRAUS, Scott 2012: Retreating from the Brink: Theorizing Mass Violence and the Dynamics of Restraint, *Perspectives on Politics*, 10:2, 343-362.
- SUCHMAN, Marc 1995: Managing Legitimacy: Strategic and Institutional Approaches, in: *The Academy of Management Review* 20: 3, 571-610.

- TAYLOR, Charles 1994: The Politics of Recognition, in: Gutmann, Amy (Hrsg.): Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition, Princeton, 25-74.
- TESSLER, Mark 2009: A History of the Israeli-Palestinian Conflict, Bloomington and Indianapolis.
- TOCCI, Nathalie 2007: The Impact of Western Policies Towards Hamas and Hezbollah: What went wrong?, in: Emerson, Michael/Youngs, Richards (Hrsg.): Political Islam and European Foreign Policy. Perspectives from Muslim Democrats of the Mediterranean, Brüssel, 136-159.
- TOROS, Harmonie 2012: Terrorism, Talking, and Transformation, Abingdon.
- UNGA (United Nations General Assembly) 1974a: Resolution 3236. Question of Palestine, A-RES-3236(XXIX), in: Geddes, Charles L. (1991): A Documentary of the Arab-Israeli Conflict, New York, 338-339.
- UNGA (United Nations General Assembly) 1974b: Resolution 3237. Observer Status for the Palestine Liberation Organization, A/RES/3237 (XXIX), in: Geddes, Charles L. (1991): A Documentary of the Arab-Israeli Conflict, New York, 340.
- US DEPARTMENT OF STATE 2012a: Foreign Terrorist Organizations, online: <http://www.state.gov/j/ct/rls/other/des/123085.htm> (13/11/2013).
- US DEPARTMENT OF STATE 2012b: Individuals and Entities Designated by the State Department Under E.O. 13224, online: <http://www.state.gov/j/ct/rls/other/des/143210.htm> (13/11/2013).
- USHER, Graham 2005: Unmaking Palestine: On Israel, The Palestinians, and the Wall, in: Journal of Palestine Studies 35:1, 25-43.
- USHER, Graham 2003: Facing Defeat: The Intifada Two Years On, in: Journal of Palestine Studies 32:2, 21-40.
- WANIS ST.-JOHN, Anthony 2011: Back Channel Negotiation. Secrecy in the Middle East Process, Syracuse.
- WEINSTEIN, Jeremy 2007: Inside Rebellion. The Politics of Insurgent Rebellion, New York.
- WOOD, Elisabeth 2009: Armed Groups and Sexual Violence: When is Wartime Rape Rare?, Politics & Society, 37: 1, 131-162.
- YAARI, Ehud 1980: Strike Terror. The Story of Fatah, New York.
- ZAMAN, Amberin 2006: Turkey Allows Hamas visit, in: Los Angeles Times, online: <http://articles.latimes.com/2006/feb/17/world/fg-hamas17> (13/11/2013).
- ZARTMAN, William I./Faure, Guy Olivier 2011: Introduction: Why Engage, and Why not?, in: Zartman, William I./Faure, Guy Olivier (Hrsg.): Engaging With Extremists. Trade-Offs, Timing, and Diplomacy, Washington, 1-19.